

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 4/16. Jhg.

Mitteilungsblatt

Oktober 2010

Zu diesem Heft:

Das vorliegende Heft dokumentiert einen Teil der Materialien der Konferenz "Bündnispolitik in der DDR. Erfolge und Defizite", die am 4. September 2010 in Berlin stattgefunden hat: den Vortrag von Heinz Hümmeler sowie die Beiträge von Gerhard Fischer, Hans Reichelt und Kurt Laser. (Die Beiträge von Fred Dumke, Hans Watzek und Wolfgang Mäder erscheinen in der nächsten Ausgabe - Januar 2011.) Vortrag und Diskussion verdeutlichten, dass Bündnispolitik mit ihren konkreten Motivationen, auf ihren unterschiedlichen Feldern, in ihren vielfältigen Formen und auch in ihrer Widersprüchlichkeit über viereinhalb Jahrzehnte ein tragender Pfeiler der alternativen antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Entwicklung in Deutschland war - keine legitimatorische Phrase, sondern *historische Realität*.

Herausgearbeitet wurde ihre objektive historische Bedingtheit und im Zusammenhang damit die Schaffung ihres theoretischen Fundaments durch Marx und Engels und dessen Weiterentwicklung durch Lenin und die kommunistische Bewegung - als entscheidende Voraussetzung ihrer umfassenden, gesellschaftsverändernden Verwirklichung seit 1945. Von den verschiedenen Aspekten der Bündnispolitik fanden die Bauernfrage und Agrarpolitik, das Verhältnis zu den städtischen Mittelschichten und mittleren Unternehmern, die geistige Auseinandersetzung mit dem Nazifaschismus und dem deutschen Imperialismus überhaupt sowie das Verhältnis zu christlichen Bürgern und Kirchen besondere Aufmerksamkeit. Vielfach wurde auf die konkreten Formen und Methoden der Bündnispolitik eingegangen, insbesondere auf die Beziehungen zwischen den Parteien und die Tätigkeit der Nationalen Front.

Eingehend wurden die nationalen Besonderheiten der Bündnispolitik in der DDR beleuchtet, wie ihre engste Verknüpfung mit der nationalen Frage, das Mehrparteiensystem, das Verhältnis zum kleinen und mittleren Kapital, die Entwicklung gesellschaftlicher Übergangsformen. Herausgearbeitet wurden verschiedene Etappen der Bündnispolitik, in Gegenüberstellung fruchtbarer Phasen wie Mitte der 50er oder in den 60er Jahren und einer regressiven Entwicklung in den 70er und 80er Jahren. Kritisiert wurden schematische Einengungen und sektiererische Überspitzungen, vor allem aber dogmatische Fehlhaltungen, wie sie sich vor allem in einer vulgarierten Auffassung der Hegemonie der Arbeiterklasse und ihrer Partei oder in einer unrealistischen, der tatsächlichen Entwicklung vorauseilenden Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Sozialstruktur zeigten, zu sektiererischem Handeln und in politische Krisensituationen führten.

Insgesamt wurde deutlich, dass - ungeachtet unserer Niederlage - die Bündnispolitik in der DDR den Erfahrungsschatz der internationalen Arbeiterbewegung bereichert (und auch entsprechendes internationales Interesse gefunden) hat. Es gilt - ohne ihre Defizite und Grenzen zu verschweigen - ihre realen Ergebnisse neuen Generationen zu vermitteln. Dies um so mehr, als sowohl im akademischen Betrieb und staatlichen Propagandainstitutionen als auch in den Medien der BRD eine auch nicht annähernd sachliche, sondern extrem regimeapologetische Sicht dominiert. Die konkreten Ergebnisse und Erfahrungen der DDR-Bündnispolitik aber zeugen gegen jede ahistorische Diffamierung. Ihre sachliche Aufarbeitung ist zugleich ein Beitrag zum *notwendigen Systemvergleich* von DDR- und BRD-Gesellschaft.

Des weiteren drucken wir in diesem Heft die Erklärung der GBM und des Berliner Alternativen Geschichtsforums "20 Jahre staatlicher Einheit eines gespaltenen Landes" ab.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Heinz Hümmler Bündnispolitik in der DDR - Erfolge und Defizite	S. 3
Prof. Dr. Gerhard Fischer Erfahrungen der DDR-CDU mit der Bündnispolitik	S. 17
Dr. Hans Reichelt Bündniserfahrungen der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands	S. 21
Dr. Kurt Laser Bündnispolitik im letzten Jahr der DDR	S. 29
GBM/Berliner Alternatives Geschichtsforum Erklärung "20 Jahre staatlicher Einheit eines gespaltenen Landes"	S. 35

Impressum: Die Geschichtskorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail.

E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de

Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit.

Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion.

Die Geschichtskorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Januar 2011.

Prof. Dr. Heinz Hümmler

Bündnispolitik in der DDR - Erfolge und Defizite

1. Theoretische Fundamente und historische Lehren

Ungeachtet unserer Niederlage hat die SED den Erfahrungsschatz der internationalen Arbeiterbewegung nachhaltig bereichert. Als der deutsche Faschismus unter den Schlägen der Sowjetarmee und ihrer Verbündeten zusammenbrach, war die deutsche Arbeiterbewegung bereits 100 Jahre alt. Stets spielte die Bündnispolitik eine Rolle. Der Bund der Kommunisten erlebte unmittelbar nach seiner Gründung die bürgerlich-demokratische Revolution 1848/49. In den Kämpfen der Revolution wurden zwei völlig entgegengesetzte Bündnisse geboren, die bei allen Wandlungen die weitere Geschichte des deutschen Volkes entscheidend beeinflussten: Einerseits entstand das Bündnis der Hauptkräfte der deutschen Großbourgeoisie mit den Feudalmächten; andererseits begann auf den Barrikaden die lange Traditionslinie des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Bauern, den Handwerkern, der Intelligenz und mit Teilen der Bourgeoisie. Die deutschen Kommunisten vertreten seit dieser Zeit bis auf den heutigen Tag am entschiedensten die Interessen des Volkes, und sie kämpften auch am konsequentesten für die demokratische Lösung der nationalen Frage.

Karl Marx und Friedrich Engels schöpften vor allem aus den Erfahrungen der ersten proletarischen Revolution, der Pariser Kommune des Jahres 1871, dass die Arbeiterklasse nur im Bündnis mit anderen Klassen und Schichten siegen kann. Karl Marx schrieb über die Pariser Kommune: "Zum ersten Mal in der Geschichte hat sich die kleine und die moyenne (mittlere) Bourgeoisie offen um die Revolution der Arbeiter geschart ..." (Karl Marx: Erster Entwurf zum "Bürgerkrieg in Frankreich". In: MEW, Bd. 17, S. 553).

Diese Schichten spürten, dass die Großbourgeoisie nicht mehr die Interessen der französischen Nation wahrnahm. Rettung konnten "nur die mannhaften Bestrebungen und die herkulische Kraft der Arbeiterklasse" bringen. Im gleichen Zusammenhang wies Marx darauf hin, welche Triebkräfte ein Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz auszulösen vermag: nur die Arbeiterklasse kann "die Wissenschaft aus einem Werkzeug der Klassenherrschaft in eine Kraft des Volkes ..., die Männer der Wissenschaft selbst als Kuppler des Klassenvorurteils, stellenjagenden Staatsparasiten und Bundesgenossen des Kapitals in freie Vertreter des Geistes verwandeln ... Die Wissenschaft kann nur in der Republik der Arbeit ihre wahre Rolle spielen." (Ebenda, S. 554)

Am Beispiel der Haltung zu den Bauern können wir auch den Fortschritt in den Erkenntnissen von Marx und Engels nachweisen. Die I. Internationale hatte 1869 auf ihrem Baseler Kongress beschlossen, "dass die Gesellschaft das Recht besitzt, das Privateigentum an Grund und Boden abzuschaffen und in gemeinsames Eigentum umzuwandeln" (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil I, Berlin 1965, S. 85).

Erste Bedenken zu diesem Beschluss kamen aus Deutschland. Marx schrieb in Auseinandersetzung mit dem russischen Anarchisten Bakunin, das regierende Proletariat dürfe namentlich dort, wo der Bauer massenweise als Privateigentümer existiert, den Bauer nicht vor den Kopf stoßen, indem es zum Beispiel die Abschaffung des Erbrechts proklamiert oder die Abschaffung seines Eigentums. Engels trat nach der Pariser Kommune auch den russischen und französischen Anarchisten entgegen, die in der Religion den größten Feind bekämpfen wollten. "Um zu beweisen, dass sie die Allerradikalsten sind, wird Gott, wie 1793, durch Dekret abgeschafft." (Friedrich Engels: Flüchtlingsliteratur. In: MEW, Bd. 18, S. 532). Nachdrücklich wies Engels die Arbeiterklasse darauf hin, dass man nicht "auf Befehl des Mufti" die Religion abschaffen könne.

Mit der Oktoberrevolution in Russland begann eine neue Etappe historischer Erfahrungen und theoretischer Erkenntnisse. Bereits in den ersten Tagen der Revolution rettete Lenin das unerlässliche Bündnis der Arbeiterklasse mit den zahlenmäßig weitaus stärkeren Bauern, indem er ihren Drang nach Boden erkannte und sich voll auf die Position des Bauernprogramms der linken Sozialrevolutionäre stellte. Ein Musterbeispiel für eine realistische Analyse der Situation gaben Lenin und Trotzki 1920/21. Die Revolution war ernsthaft gefährdet, als die Sowjetmacht im Gefolge des Bürgerkrieges und des militärischen Kampfes gegen die Interventen den Fehler beging, den unmittelbaren Übergang zur kommunistischen Produktion und Verteilung zu beschließen. Um auch nur "zu einer der Vorstufen der kommunistischen Gesellschaft zu gelangen", sei "ein langwieriger und komplizierter Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft (und zwar desto langwieriger, je weniger sie entwickelt ist), ein Übergang auf dem Weg der sozialistischen Kontrolle und Rechnungsführung notwendig" (Lenin: Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung, Werke, Bd. 33, S. 42 f.). Die Millionen Bauern, Handwerker, Gewerbetreibenden und Händler wurden durch die NÖP in den Aufbau einbezogen. Das Wesen der NÖP bestand darin, die Initiativen der privaten Warenproduzenten zu fördern. So konnten die Bauern über eine festgesetzte Naturalsteuer hinaus alle landwirtschaftlichen Produkte frei verkaufen. Handwerker und Händler erhielten Gewerbe genehmigungen, und staatliche Betriebe konnten ausländische Kapitalbeteiligungen aufnehmen. Andere marxistisch-leninistische Parteien, auch die SED, haben diese Politik mit Erfolg angewandt. Heute ist von China bis Vietnam und Nicaragua zu erkennen: der von Lenin entwickelten Neuen Ökonomischen Politik kommt größte Bedeutung zu, und sie ist langfristig zu veranschlagen.

2. Neues strategisches Ziel: Deutsche Demokratische Republik

Aus den Niederlagen der Arbeiterbewegung 1918 und 1933 zogen die kommunistischen Parteien Lehren. Das geschah vor allem auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und auf der Brüsseler und Berner Konferenz der KPD 1935 und 1939. (Vgl. Robert Steigerwald und Stefan Weber in: Geschichtskorrespondenz, Juli 2010.) Es erfolgte eine Wende in der kommunistischen Zielstellung. Nicht mehr sozialistische Revolution und Diktatur des Proletariats, sondern Demokratische Republik. Den Faschismus als kleinbürgerliche Bewegung zu betrachten, hatte sich als Fehler erwiesen. Vielmehr handelte es sich um die offene Diktatur der reaktionärsten Elemente des deutschen Finanzkapitals, das einen neuen Eroberungskrieg anstrebte.

Die logische Konsequenz daraus war, alles zu tun für die Einheit der Arbeiterklasse und für eine Volksfront gegen die faschistische Diktatur und die drohende Kriegsgefahr. Für die KPD bedeutete das neue Möglichkeiten eines breiten Bündnisses mit den Bauern, den städtischen Mittelschichten, der Intelligenz, ja sogar mit Kirchen und bürgerlichen Parteien.

Am Ende des 2. Weltkrieges, kurz vor der Bildung der drei Initiativgruppen für Deutschland, hatte Georgi Dimitroff die Genossen Pieck, Ulbricht und Ackermann auf seiner Datsche bei Moskau empfangen und vor einfacher Nachahmung von Sowjetbräuchen gewarnt. (ZPA, EA 1291/4, S. 720) Die KPD hat bereits auf ihrem 15. Parteitag im April 1946 die Rolle der nationalen Besonderheiten betont. So erklärte Wilhelm Pieck: "Beseelt von dem absolut richtigen Bestreben, aus dem gewaltigen historischen Ereignis der siegreichen Oktoberrevolution so viel wie möglich zu lernen, waren die Kommunisten oftmals bestrebt, die Erfahrungen der Oktoberrevolution schematisch auf Deutschland zu übertragen. Dabei haben wir die nationalen Besonderheiten Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung häufig weitgehend ignoriert." (Wilhelm Pieck, in: "Bericht vom 15. Parteitag der KPD", S. 193) Die sowjetische Führung billigte auch den Satz im Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, dass der Weg, Deutsch-

land das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre. (Revolutionäre Deutsche Parteiprogramme, Berlin 1964, S. 196)

Gemeinsam mit den Professoren Rolf Stöckigt und Heinz Gambke schrieb ich einen Beitrag für die kollektive wissenschaftliche Arbeit über "Die Geschichte des Großen Oktober und der nachfolgenden sozialistischen Revolutionen". Wir erhielten dafür 1981 den "Internationalen Preis für Gesellschaftswissenschaften". Viel bedeutsamer als der Preis war eine nachhaltige Erfahrung: Die Arbeit an dem Gemeinschaftswerk erfolgte unter Leitung von Professor Minz. Minz, der bei Tschapajews Division Kommissar gewesen war, kritisierte unseren ersten Entwurf, weil der unsere historischen Besonderheiten vermissen ließ. Er verlangte von den Autoren, diese stärker zu betonen. Stöckigt, Gambke und ich beherzigten das gerne. Bei einer Diskussion, als es um allgemeine Gesetzmäßigkeiten und Besonderheiten ging, wollten einige Genossen die sowjetischen Erfahrungen mit allgemeinen Gesetzmäßigkeiten gleichsetzen. Professor Minz trat entschieden gegen solche Meinungen auf. Von ihm kam dabei der Satz: "Es wäre gut für alle, wenn wir es wie die DDR getan hätten."

Nach dem Krieg waren bei vielen KP-Mitgliedern die Beschlüsse der Brüsseler und Berner Konferenz noch nicht bekannt. So stieß auch ich auf sektiererische Positionen. Ich war als 16-jähriger in die KPD eingetreten und wurde 1946 Neulehrer mit 17 Jahren. Im gleichen Jahr besuchte ich den ersten Kursus für Geschichtslehrer. In meiner Partei, das war inzwischen die SED, freuten sich die Genossen, mir größere Aufträge zu übertragen. Regelmäßig durfte ich auf Parteiversammlungen als Propagandist auftreten. Zuerst, gewissermaßen als Probe, schickte man mich auf kleinere Dörfer. Da mich manche wieder anforderten, setzte mich die Kreisleitung auch in Suhl ein.

Ein Schlüsselerlebnis hatte ich am 2. September 1947 im "Henneberger Haus". An Hand eines Bildungsheftes behandelte ich "Das Wesen der Blockpolitik". Ich arbeitete den Unterschied zwischen antifaschistischer Blockpolitik und bürgerlicher Koalitionspolitik heraus und sprach auch über die erforderliche Zusammenarbeit mit CDU und LDP etc. Auf dem Heimweg sprach mir Paul Meier, der mit meinem Onkel in einem Außenlager Buchenwalds gewesen war, seine Hochschätzung aus. "Aber", so sagte er, "ich hatte fast den Eindruck, dass du daran glaubst, wir könnten länger mit CDU und LDP zusammenarbeiten. Die jagen wir doch bei der ersten Gelegenheit über den Jordan!" Ich dachte lange darüber nach. Wahrscheinlich begann an diesem Abend bei mir die Idee zu keimen, mich einmal gründlicher mit der Bündnispolitik zu befassen.

Eine insgesamt positive Haltung zur Bündnispolitik hatte auch die sowjetische Militäradministration in Deutschland. Im Gegensatz zu den westlichen Besatzungsmächten, die mit der Restauration des deutschen Imperialismus neue Verbündete suchten, eröffnete die SMAD der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung in Ostdeutschland große Freiheiten. In ihrem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 hatte die SMAD die Tätigkeit antifaschistisch-demokratischer Parteien und Organisationen zugelassen. Sofort nahmen neben der KPD die zu revolutionären Positionen drängenden Kräfte in der SPD ihre Arbeit auf. Am 26. Juni 1945 wurde die CDU und am 5. Juli 1945 die LDPD gegründet. Große Hochachtung verdienten sich Politiker wie Otto Nuschke (CDU) und Wilhelm Külz (LDPD). Bei ihnen war das Vertrauen zur deutschen Großbourgeoisie und zum Großgrundbesitz geschwunden, die in 25 Jahren zwei verheerende Weltkriege vom Zaune gebrochen hatten. Andererseits gehörten auch Politiker zu diesen Parteien, die auf spätere günstige Bedingungen für eine Restauration der alten Verhältnisse hofften. Zwischen den Parteien gab es weltanschauliche, politische und auch programmatische Unterschiede. Wichtig aber waren jetzt gemeinsame Aktionen für gemeinsame Ziele. Bald entstanden aus gemeinsamer Tätigkeit positive Losungen: Für Frieden! Für ein demokratisches Deutschland! Für die Einheit aller Antifaschisten!

In den Jahren 1947/48 erstarkten in den westlichen Zonen jene Kräfte, die die alten imperialistischen Zustände in ganz Deutschland wieder herstellen wollten. Manche Funktionäre in CDU und LDPD sympathisierten mit westdeutschen Politikern, sie verliehen unser Land und besetzten wie Jakob Kaiser und Ernst Lemmer (CDU) im Bonner Separatstaat Ministerposten.

Zur gleichen Zeit häuften sich in einigen osteuropäischen Ländern die Probleme. In Ungarn und Rumänien wurden 1948 bürgerliche und kleinbürgerliche Parteien aufgelöst. Stalin sprach sich gegen die Bildung einer volksdemokratischen Balkanföderation unter Führung Titos und Dimitroffs aus, was zum Ausschluss Jugoslawiens aus dem Bündnissystem mit Moskau führte.

In der sowjetischen Zone hielt nicht nur das Parteienbündnis, es entstanden sogar zwei neue Parteien. Am 29. 4. 1948 wurde die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und am 25. Mai 1948 die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) gegründet. Während in die DBD insbesondere werktätige Bauern eintraten, schlossen sich der NDPD auch Bürger an, die in der Wehrmacht und anderswo sich von Anhängern des Faschismus zu Gegnern des Faschismus entwickelt hatten. Ernst Goldenbaum und Lothar Bolz wirkten fortan als erfolgreiche Politiker im Demokratischen Block und in der DDR mit. Beide neue Parteien bekannten sich von Anfang an zur führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei bei der revolutionären Umgestaltung sowie zur Freundschaft und zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.

3. Abschied vom "Deutschen Weg zum Sozialismus" und über den "Neuen Kurs" zum deutschen Weg zurück

Die Zusammenarbeit der Parteien hat auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens positive Resultate erzielt. Dämliche Thesen über "Blockflöten", die mitunter auch von Linken kolportiert wurden, gehören zu beliebten Verfälschungen unserer Bündnispolitik. In den ersten Jahren gab es über die Richtigkeit unseres Kurses kaum einen Zweifel. Unsere Partei fasste ihn auch unter dem Begriff "Deutscher Weg zum Sozialismus" zusammen. Das stieß jedoch auch auf Widerstand. 1948 hatte Stalin durch seine Vertreter im Informationsbüro Kommunistischer Parteien eine Resolution gegen die Kommunistische Partei Jugoslawiens annehmen lassen. Darin wurde den jugoslawischen Kommunisten all das als Fehler angekreidet, was sie in ihrem Land entsprechend ihren konkreten Bedingungen realisierten. Aus diesem, wie es hieß, Weg des Nationalismus sollten nun alle anderen Parteien Lehren ziehen. Auch die SED, selbst nicht dem Kominformbüro zugehörig, musste sich tief vor Stalin verbeugen. Die Stellungnahme des Parteivorstandes begann mit der Entschuldigung, dass man bisher die große Bedeutung des Kominform-Dokuments unterschätzt habe. Schließlich hieß es, "daß auch in der SED falsche Theorien 'über einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus' vorhanden sind". In der DDR geriet in diesem Zusammenhang Anton Ackermann in die Kritik. Er hatte 1945 zwar nicht als einziger Genosse in der Parteiführung den neuen Weg zum Sozialismus verkündet, er hatte das in der ersten Nummer der "Einheit" jedoch am klarsten und mit einer zwingenden Logik getan.

Stalins "Lehre", wonach sich der Klassenkampf beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gesetzmäßig verschärfe, sowie auch Stalins Politik gegen den angeblich nationalistischen Kurs des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens führten auch in der DDR zu ernsten Verwerfungen in der Bündnispolitik der SED. Sollte etwa Paul Meier Recht behalten? Ich leitete Anfang 1953 Lehrgänge für Betriebslagerleiter von Kinderferienlagern. Da kamen Instruktoren der FDJ-Landesleitung zu mir und forderten, Teilnehmer nach Hause zu schicken, weil sie Mitglieder der CDU oder LDP waren. Zeitgleich wurden Gruppen der Jungen Gemeinde bedrängt. Zeitweilige Rückschläge erlitt das Bündnis mit den städtischen Mittelschichten durch Restriktionen gegen den privaten

Sektor. Das führte zu Produktionsrückgängen auch in der sozialistischen Industrie, zur Verschlechterung der Lebenslage der Bevölkerung und trug zur Zuspitzung der Situation in der DDR bei. Linkes Sektierertum gießt in den meisten Fällen Wasser auf die Mühlen der Konterrevolution. Diese Erfahrungen bestätigten sich auch in der DDR.

Stalin starb im März, und Anfang Juni 1953 korrigierte die SED die falsche Linie und leitete die Politik des Neuen Kurses ein. Bestandteil des Neuen Kurses waren Regelungen zur Förderung der privaten Wirtschaft. Durch Steuererleichterungen, Kreditgewährung und bessere Material- und Rohstoffausstattung erhielten Handwerker und Gewerbetreibende, private Industrie- und Handelsunternehmer beträchtliche Entwicklungschancen. Der Neue Kurs zeitigte rasch Erfolge. So stieg die private Bruttoproduktion 1954 im Vergleich zum Vorjahr um fast zehn Prozent. Am Aufschwung der Volkswirtschaft hatten auch Betriebe der privaten Unternehmer einen beachtlichen Anteil. Ende 1955 realisierten fast 14 000 private Industriebetriebe 14,7 Prozent der industriellen Warenproduktion. Im Demokratischen Block stellten die Parteien Überlegungen an, wie durch staatliche Beteiligung an privaten Betrieben auch nichtmonopolistische Unternehmen für den Sozialismus gewonnen werden könnten.

Über einen bisher nicht bekannten Fakt informierte uns Lotte Ulbricht. Sie begleitete Walter, als er am Parteitag der KP Chinas teilnahm. Ulbricht bat die Chinesen, ihn nach Kanton zu fliegen, um die Erfahrungen der dort schon bewährten halbstaatlichen Betriebe kennen zu lernen. Damals war es noch nicht opportun, davon zu sprechen, dass man auch von China lernen könne. So kam der 3. Parteikonferenz der SED 1956 die Ehre zu, die Betriebe mit staatlicher Beteiligung initiiert zu haben. Als 1972 der Ministerrat gesetzliche Regelungen erließ, die es Direktoren halbstaatlicher Betriebe und privaten Unternehmen ermöglichten, ihre Kapitalanteile beziehungsweise Betriebe an den Staat zu verkaufen, entstanden bis Mitte 1972 aus Betrieben mit staatlicher Beteiligung (BSB) und Privatbetrieben 11 000 neue VEB. Mehr als drei Viertel der ehemaligen Direktoren und Unternehmer wurden als Betriebsleiter oder in andere Schlüsselpositionen dieser Betriebe berufen.

Neue Aufgaben erwuchsen den Gewerkschaften in den neuen Betrieben. Dazu zählten bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und die Qualifizierung der Leiter und Arbeiter.

Funktionäre und zahlreiche Mitglieder der Blockparteien wetteiferten geradezu, wie ihre Mitglieder hohe fachliche Kompetenz und politische Reife in dieser neuen Phase der Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse einbringen konnten. Es gab in diesen Monaten des Jahres 1972 interessante Methoden und Losungen. Im Bezirk Suhl erklärte mir ein Leiter eines neuen VEB: "Wir haben auf ein Transparent eine Losung aus der Zeit des Eintritts vieler Bauern in die LPG geschrieben: 'Hinter der Musik marschiert es sich am besten'."

Neben insgesamt positiven Resultaten gab es allerdings auch Nachteile. So versuchten volkseigene Kombinate, für sie weniger lukrative Fertigungen an die neuen VEB abzuschieben. Mitunter kam es auch zu Ausfällen von wichtigen Waren für den Bedarf der Bevölkerung.

4. Die 60er Jahre im Zeichen Walter Ulbrichts

Norbert Podewin nennt in seiner bedeutsamen Ulbricht-Biographie den Dezember 1965, als mit Honeckers Referat auf dem 11. Plenum des ZK der SED die Obstruktionspolitik gegen Ulbricht begonnen habe. (Vgl. Norbert Podewin, Walter Ulbricht. Eine Biografie, Berlin 1995, S. 482) Aus meiner Erinnerung begann das bereits 1964 im Zusammenhang mit der Session zum 100. Jahrestag der I. Internationale.

Es war schon ungewöhnlich, dass die Internationale Session zum 100. Jahrestag der I. Internationale in Berlin stattfand. Kurz zuvor hatten Professoren unseres Lehrstuhls Imperialismusforschung eine Gemeinschaftsarbeit abgeschlossen, die dann unter dem Titel "Imperialismus heute" erschienen ist. Wir hatten das Manuskript zu Walter Ulbricht geschickt. Er hat es gelesen und rief im Vorfeld der Session bei uns an. Da der Direktor des Instituts, Otto Reinhold, zu dieser Zeit in Indonesien war, erreichte Ulbrichts Anruf mich. Er lobte die Leistungen der Autoren, die mit ihren Erkenntnissen über den modernen Imperialismus Tabus beschädigten. Ulbricht bat mich zu veranlassen, dass die Autoren wichtige Thesen in einem ganzseitigen Artikel im "Neuen Deutschland" veröffentlichten. Sie sollten zuerst mit ihren Erkenntnissen auftreten. Er, Ulbricht, werde in jedem Fall das Material in seinem Referat auf der Session verwenden. Die Genossen haben mit Freude über ihren Erfolg gearbeitet. Das ND kannte den Auftraggeber. Dennoch - der Artikel erschien nicht. Offensichtlich wurde ein Stopp von höherer Warte, das heißt von Moskau ausgelöst. Dort deutete sich ein Führungswechsel von Chruschtschow zu Breschnew an, das hieß, von einer auf den Frieden gerichteten Politik zu einer von einflussreichen Militärs bestimmten härteren Linie. Sie hatten wohl auch in der DDR ihre Ableger, die den Abdruck des Artikels verhinderten.

Dafür durfte Jürgen Kuczynski im ND wiederholt verkünden, dass der Imperialismus den nächsten Winter nicht überlebe.

Walter Ulbricht sprach in seinem Referat auf der Session einige theoretische Probleme an, die mit Hilfe unseres Instituts erarbeitet worden waren. Sie unterschieden sich wesentlich von der Konzeption der KPdSU, was Ulbricht zwar nicht sagte, was aber die Vertreter der Parteien aus allen Erdteilen spürten. Während die KPdSU in 20 Jahren die USA in der Arbeitsproduktivität weit überflügeln und schon den Kommunismus erreichen wollte, orientierte Ulbricht auf den weiteren Aufbau des Sozialismus in langen Zeiträumen. Diese strategische Idee gipfelte in der Idee von der relativ selbständigen sozialistischen Formation.

Neu war ebenfalls die Analyse zum gegenwärtigen Imperialismus. Auch dafür fand Ulbricht als neuen Begriff die selbständige Formation des Imperialismus. Die Konsequenz konnte nur lauten: Wir müssen noch längere Zeit mit dem Imperialismus leben, und es wäre zweckmäßig, nach Wegen des Miteinanders zu suchen.

Interessant waren die Beratungen in den Seminaren. Ich nahm bei den Genossen aus den entwickelten kapitalistischen Ländern teil, die meist hohe Funktionen bekleideten. Sie spürten, welche neuen Ideen von Ulbrichts Referat ausgingen und entwickelten aus eigenen Erfahrungen weitergehende Konsequenzen für eine neue Strategie und Taktik.

Mit Hochachtung sprachen sie über die von Ulbricht charakterisierte Bündnispolitik der SED. Das betraf sowohl das Mehrparteiensystem und das Verhältnis zu den Kirchen als auch in besonderem Maße die Förderung unterschiedlicher Eigentumsverhältnisse (private Unternehmer neben VEB, privates und genossenschaftliches Handwerk, verschiedene Typen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften). Ich hatte bis dahin noch keine solch schöpferische Diskussion erlebt. Obwohl ich mich noch immer mit der Marx-Engels-Forschung verbunden fühlte, auch Vorlesungen dazu hielt und an der Marx-Biographie mitschrieb, waren seit der Internationalen Session meine Gedanken mehr und mehr mit den historischen Prozessen des 20. Jahrhunderts verbunden.

Der offizielle Einstieg in den Forschungsbereich Bündnispolitik erfolgte 1966. Auf einer von unserem Institut gemeinsam mit der Parteihochschule und dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED veranstalteten Konferenz zum Thema "Im Bündnis fest vereint" sprach von den heute anwesenden Freunden Prof. Dr. Gerhard Fischer. Ich leitete den Arbeitskreis "Komplementäre, Handwerker und Gewerbetrei-

bende". Dabei lernte ich andere Gesellschaftswissenschaftler kennen, die sich bereits mit solchen Fragen beschäftigten.

Von noch größerem Wert waren die neuen Bekanntschaften mit den Handwerkern, Gewerbetreibenden und Komplementären. Sie gehörten meist den Blockparteien CDU, LDPD, NDPD und DBD an. Mein Referat fand auch bei den Freunden des Nationalrates der Nationalen Front große Aufmerksamkeit. Später wählten diese mich in ihren Arbeitskreis "Komplementäre, Handwerker und Gewerbetreibende".

Unmittelbar nach unserer Berliner Bündiskonferenz hatte ich Gelegenheit, mein neues Arbeitsgebiet auch international vorzustellen. Vom 21. bis 22. April 1966 fand in Moskau anlässlich des 20. Jahrestages der SED-Gründung eine Konferenz statt. Ich gehörte der von Professor Lothar Berthold geleiteten Delegation an. Ich hielt einen Beitrag zu unserer Bündnispolitik und ließ die Ähnlichkeit zu der von Lenin und Trotzki 1920 begründeten "Neuen Ökonomischen Politik" (NÖP) durchblicken. Damals ahnte ich noch nicht, welcher Sprengstoff in meinem Referat für die Sowjetunion steckte. Mir ging es lediglich darum, unsere historischen Besonderheiten zu erläutern.

In der DDR wurde in den sechziger Jahren eine immense Arbeit geleistet, um die theoretischen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft zu vervollkommen. Dazu gehörten das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung, die präzisierte Imperialismustheorie, die achtbändige Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und die 1968 durch Volksdiskussion und -abstimmung angenommene neue Verfassung der DDR. Unser Institut hat an allen aufgeführten Projekten mitgewirkt.

Meist war diese umfangreiche Arbeit mit dem Wirken von Walter Ulbricht verbunden. Er verwendete auch zuerst die Formel von der sozialistischen Menschengemeinschaft. Im Juni 1968 fand in Berlin eine Konferenz statt, die sich dem Thema "Auf dem Wege zur sozialistischen Menschengemeinschaft" widmete. Ich ging in meinem Hauptreferat davon aus, dass der Sozialismus ohne die breite Mitarbeit aller Bevölkerungsschichten nicht zu realisieren ist. Beiträge hielten Vertreter aller Parteien und Angehörige aller Klassen und Schichten, so Walter Arnold, Pfarrer auf Hiddensee, Manfred Bogisch, Mitarbeiter im Parteivorstand der LDPD, Prof. Dr. Rudi Weidig, Egon Krenz, Sekretär des Zentralrats der FDJ, Arno von Lenski, Generalmajor a. D. und Mitglied des Hauptausschusses der NDPD, Herbert Recknagel, Mitglied des Bezirksausschusses Suhl der CDU, und Arnold Rommel, Mitglied des Parteivorstandes der DBD.

Gemeinsam mit Heinz Gambke und Rolf Stöckigt fasste ich unsere bisherigen Forschungen in der Publikation "Gemeinsam zum Sozialismus" zusammen. Gegliedert in vier Kapiteln behandelten wir die Bündnispolitik

- in der antifaschistisch-demokratischen Revolution (1945 - 1949);
- bei der Schaffung der Grundlagen für den Übergang zum Sozialismus (1949 - 1955);
- für den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse (1956 - 1962) sowie
- im Kampf um die entwickelte sozialistische Gesellschaft (ab 1962). Das letzte Kapitel endete mit dem Abschnitt "Die sozialistische Verfassung der DDR - Grundgesetz für die Herausbildung der sozialistischen Menschengemeinschaft".

Im Hintergrund unserer erfolgreichen Arbeit bahnte sich für unser Land und gleichermaßen für das Institut wenig Erfreuliches an. Für die sowjetische Führung war der Kurs Walter Ulbrichts auf die stärkere Betonung der nationalen Eigenarten der DDR, der zudem noch große Resonanz bei anderen Parteien fand, offensichtlich nicht zu akzeptieren. Ulbricht selbst hat mitunter noch Öl in das schwelende Feuer gegossen. So nach der Konferenz zu Ehren von Friedrich Engels vor internationalen Gästen. Nachdem er die erfolgreiche Bündnispolitik seiner Partei gelobt hatte, fügte er hinzu: "Andere haben es anders gemacht, die Ergebnisse sind auch danach."

Breschnew schwenkte von Ulbricht auf seinen Gefährten bei zahlreichen Jagden, auf Honecker, um. In Honecker glaubte er einen willfährigen Vasallen gefunden zu haben. Zunächst sah es auch so aus. Allmählich schlossen sich auch andere Politbüromitglieder diesem neuen Kurs an.

Ich nahm an einer erweiterten Sekretariatssitzung des ZK der SED teil. Honecker gab einen Bericht im Stile eines Beamten. Mittag übertünchte mit Phrasen die Widersprüche in der Wirtschaft. Paul Fröhlich schimpfte auf die Blockparteien. Als einen Gipfel der Frechheit nannte Fröhlich einen Werbespruch der Leipziger CDU: "Willst du leben sorgenfrei, tritt der CDU schnell bei."

Ulbricht war außer sich und erklärte, wenn sich Politbüromitglieder weigerten, seine politische Linie mitzutragen, so könne er das gut auch ohne sie und nur mit dem Staatsrat machen. An Paul Fröhlich schickte Ulbricht unser Buch "Gemeinsam zum Sozialismus" und verlangte, dass er es rasch durcharbeite. An Kurt Hagers Zischen spürte ich, was sich über uns zusammenbraute.

Unser Institut war eng mit der von Ulbricht praktizierten Konzeption verbunden. Wir mussten deshalb in das Fadenkreuz jener Politbüromitglieder geraten, die vor Breschnew zu Kreuze krochen. Die große Keule schwang ausgerechnet jener ZK-Sekretär gegen uns, für den wir die meiste Zuarbeit geleistet hatten. Kurt Hager hielt im Dezember 1970 im Haus des ZK vor allen Ministern seines Bereiches, vor Abteilungsleitern des ZK und vor den Direktoren der Parteiinstitute eine Rede, in der er unser Institut mit unlauteeren, ja hämischen Argumenten angriff.

Er, der noch kurz vorher die Theorie von der relativ selbstständigen Formation Sozialismus als die zentrale Kategorie für die gesellschaftswissenschaftliche Forschung bezeichnet hatte, schalt jetzt die gleiche Kategorie als "pseudowissenschaftliche These". Hager kritisierte auch unsere Arbeiten zum gegenwärtigen Imperialismus und zur Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Seine Kritik gipfelte in der infamen Forderung an Otto Reinhold, "das Institut für Gesellschaftswissenschaften wieder auf die Höhe des Marxismus-Leninismus" zu führen.

5. Neue Besen kehren nicht immer gut

Nach dem VIII. Parteitag der SED 1971 wurde Ulbrichts Wirkungskreis mehr und mehr eingeschränkt. Meines Erachtens richtete die aus Unkenntnis genährte negative Haltung zu den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution den größten Schaden an. Der Staatsrat wurde umgestaltet, Ulbrichts Einfluss auf Null reduziert.

Die in einer breiten Volksdiskussion gerade erst angenommene Verfassung erlitt eine geradezu hässliche Demontage. Es verschwand die Forderung nach der Einheit Deutschlands, dafür sei die DDR "für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbunden" (zur Analyse der Änderungen bei Norbert Podewin, a. a. O., S. 483). Festgeschrieben wurden auch die inzwischen veränderten Eigentumsverhältnisse der staatsbeteiligten Betriebe und vieler PGH. An die Stelle der sozialistischen Menschengemeinschaft trat die Diktatur des Proletariats. Alle Änderungen wurden ohne Murren von allen Parteien in der Volkskammer durchgewinkt.

Wir haben aber unbeirrt unsere Forschung und Propaganda zur Bündnispolitik fortgesetzt. Für die Aspiranten unseres Forschungsbereiches organisierten wir feste Praxisverbindungen. Mit allen Dozenten, Aspiranten und Assistenten fuhren wir jährlich einmal in einen Bezirk, um vor Ort sowohl mit den Bündnispartnern, aber auch mit Partei- und Staatsfunktionären zu sprechen. Dabei lernten wir hervorragende Genossenschaftsbauern, Handwerker, Künstler, Pfarrer, Funktionäre aller Parteien kennen, die uns offen ihre Erfolge und Schwierigkeiten darlegten. Es hatte sich herumgesprochen, dass man von uns keine leeren Versprechen, sondern Verständnis und mitunter sogar Hilfe erhielt.

Unsere Forschung stieß auf zahlreiche Probleme und Widersprüche. Sie an Partei- und Staatsorgane heranzutragen, war nicht immer leicht. Zählbares Sektierertum trat mir vor allem bei dem Verhältnis zu den privaten Unternehmern, Handwerkern und Gewerbetreibenden entgegen.

Für das von unserem "Institut für marxistisch-leninistische Soziologie" herausgegebene Buch "Sozialstruktur der DDR" schrieb ich das Kapitel über "Die Schicht der Handwerker und Gewerbetreibenden". Schon in der Einleitung sagte ich den Sektierern den Kampf an: "In der DDR gehören, ohne Wenn und Aber, Genossenschafts- und private Handwerker, Händler und Gastwirte mit und ohne Kommissionsvertrag in die soziale Struktur des Sozialismus ... sie gelten *nicht* als Relikte der Ausbeutergesellschaft. Sie haben eine gesicherte Perspektive. Handwerker und Gewerbetreibende gibt es in allen Gesellschaftsformationen seit Auflösung der Urgemeinschaft. Sie haben zwar nie eine Produktionsweise bestimmt, diese aber wesentlich ergänzt. Sie behaupteten sich, weil sie immer gebraucht wurden. Ihre Tätigkeit und Leitung ist auch im Sozialismus durch keine andere Klasse oder Schicht zu ersetzen."

Professor Rudi Weidig, der Herausgeber und Mitautor des Buches "Sozialstruktur der DDR" war, sagte auf dem Kolloquium anlässlich meines 80. Geburtstages: "Zu dieser Zeit hatte in der Politik, Propaganda und auch in der Wissenschaft das von der KPdSU seit Beginn der achtziger Jahre auch in die DDR transportierte Konzept von der Annäherung der Klassen und Schichten Hochkonjunktur. In der Soziologie der DDR hatten wir diese These zunächst übernommen, sie aber dann bald korrigiert, weil nicht wenige naive und vor allem sektiererische Vorstellungen über die Entwicklung der werktätigen Klassen und Schichten im Sozialismus und über Wege zur klassenlosen Gesellschaft damit verbunden waren.

Die Annäherung wurde damals in der Politik und in der Propaganda der KPdSU und nachfolgend auch in der DDR als Annäherung der anderen Klassen und Schichten an die Arbeiterklasse verstanden und auch versucht so zu gestalten, als schnell zu vollziehender Prozess, als schneller Übergang in die klassenlose Gesellschaft; so als hätten sich die besonderen Fähigkeiten, die spezifischen sozialen Bedingungen und die Eigenständigkeit der verschiedenen sozialen Klassen und Schichten bereits überlebt, als seien die realen sozialen Unterschiede und die verschiedenen Interessen bereits überwunden oder nur noch Überbleibsel des vergangenen Systems. Solchen Konzepten folgend, wäre - wie bereits erwähnt - das Bündnis der verschiedenen sozialen Klassen und Schichten wie auch das der unterschiedlichen Parteien bald überflüssig geworden.

In dem Buch über die Sozialstruktur der DDR und speziell auch in dem Kapitel, das Heinz Hümmeler verfasst hat, haben wir bewusst - entgegen solchen primitiven und ökonomisch und politisch in keiner Weise begründeten Annäherungs- und Gleichheitsvorstellungen - die Langfristigkeit des Bündnisses der Klassen und Schichten begründet. Wir haben herausgearbeitet, dass verbunden mit zunehmenden Gemeinsamkeiten auch bestimmte soziale Erfahrungen der verschiedenen Klassen und Schichten, zum Beispiel der privaten und genossenschaftlichen Handwerker und Gewerbetreibenden, für den Sozialismus lange Zeit entwicklungsfördernd sind und in der Politik zielstrebig beachtet werden müssen.

Gegen sektiererische Gleichheitsvorstellungen haben wir zum Beispiel die durch unsere Forschung begründete These gesetzt, dass damalige Probleme und Widersprüche bei der Versorgung der Bevölkerung, speziell auch bei den Dienstleistungen, in der DDR nicht deshalb bestanden, weil es noch private und genossenschaftliche Handwerker und Gewerbetreibende gab, sondern weil es zu wenige davon gab, weil die Angehörigen dieser sozialen Schicht und ihre produktiven Leistungen nicht genügend gefördert

wurden." (Rudi Weidig, Beitrag zum Kolloquium "Bündnispolitik in der DDR - Licht und Schatten"; Berlin 2009, S. 44)

Mitunter kam es auch zu Konfrontationen mit Mitgliedern des Politbüros. Seit 1971, nach dem Ausscheiden Walter Ulbrichts, bekamen solche inkompetenten Politbüromitglieder wie Günter Mittag und Joachim Herrmann zunehmend stärkeren Einfluss. Sie bewirkten wohl auch 1974, dass Werner Lamberz nicht mehr publizieren durfte. Ich erinnere mich an ein markantes Beispiel der Einmischung Mittags in unsere Arbeit. Ich war Zweitbetreuer und Gutachter für eine Aspirantin aus dem soziologischen Institut. Sie hatte eine gute Dissertation über das private Handwerk geschrieben. Mittag versuchte mit Hilfe der Abteilung Wissenschaften, die erfolgreiche Verteidigung zu torpedieren. Die Vertreter der Abteilung redeten vor der Verteidigung auf mich ein. Ich ließ sie unverrichteter Dinge ziehen. Zur Verteidigung erschienen dann einige Trabanten Mittags. Ich hielt mein Gutachten so, dass jeder Widerspruch als Angriff gegen die Parteibeschlüsse ausgelegt werden konnte. So hat die Genossin ohne Einspruch durch die Sektierer aus dem ZK verteidigt.

6. Für einen besseren Sozialismus

Für mich bot sich die Möglichkeit einer engeren Verbindung zur Praxis durch den Arbeitskreis "Handwerker und Gewerbetreibende" beim Nationalrat der Nationalen Front. Ihm gehörten private Handwerker, Händler, Gastwirte und private Unternehmer aus allen Bezirken der DDR an. Ihre Parteizugehörigkeit umfasste das gesamte Spektrum der in der DDR wirkenden politischen Kräfte. Gemeinsam mit diesen mir vertrauten Kollegen stellte ich einen Fragekatalog zusammen, über den ich auch im "Neuen Deutschland" informierte. Die Antworten sollten für unseren Forschungsbereich Bündnispolitik eine Studie vor dem XII. Parteitag der SED ermöglichen.

Wir gingen von notwendigen Veränderungen aus, da die von den Bürgerinnen und Bürgern in Stadt und Land tagtäglich spürbaren Mängel und Defizite bei Dienstleistungen, in der Versorgung und bei Reparaturen die politische Stabilität des Landes zunehmend negativ beeinflussten. Mit unserem Anliegen wandten wir uns an Handwerker und Gewerbetreibende aller Eigentumsformen. Wir fanden ein starkes Echo.

Die mehr als 40, zum Teil von mehreren Berufskollegen gemeinsam verfassten, Zuschriften beeindruckten ob ihrer vertrauensvollen Art, Probleme, Widersprüche und Hemmnisse sehr direkt beim Namen zu nennen. Sie signalisierten Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit, wenngleich auch bei manchen nach erlittenen Enttäuschungen die Resignation nicht zu übersehen war. Bei aller Vielfalt von Gedanken und Vorschlägen schälte sich eine Reihe von Schwerpunkten heraus, die das Gerippe unserer Studie bilden konnten.

Erstens: Die Perspektive dieser Schichten darf nicht nur formal betont werden, sondern ist im täglichen Leben konsequent zu praktizieren. Bis dahin waren selbst richtige Fördermaßnahmen nur halbherzig oder nur schleppend realisiert worden, weil vielerorts noch sektiererische Meinungen im Wege standen, Handwerker und Gewerbetreibende könnten zu viel verdienen. Diese Haltungen müssen rasch überwunden, Gewerbe genehmigungen ohne Zeitverzug erteilt werden. Es ist alles zu tun, dass so viel wie möglich produziert und repariert sowie gute Qualität erreicht wird und die Kunden gut und höflich bedient werden.

Zweitens: Zur Reproduktion dieser Schichten sind weitergehende Überlegungen erforderlich. Die Fortführung der Familienbetriebe sollte zwar beibehalten werden, doch kann damit allein die Reproduktion nicht gesichert werden. Eine dauerhaft wirksame Lösung ist erst durch die Freisetzung in der Industrie zugunsten der Dienstleistungssphäre möglich. Zudem eröffnet die wissenschaftlich-technische Revolution neue Wir-

kungsfelder (Reparatur von Computern etc.). Qualifizierte Fachkräfte sind durch Rationalisierungen in volkseigenen Betrieben aus den Reihen der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz zu gewinnen.

Drittens: Die bis jetzt gültige Höchstgrenze von zehn Arbeitskräften setzt in den Handwerksbetrieben der notwendigen Leistungsentwicklung und Kapazitätsauslastung Grenzen. Vor Ort sollten sachdienliche Veränderungen möglich sein.

Viertens: Ernsthafte Probleme existieren bei der materiellen Sicherstellung des Handwerks. Die Grundmittelfonds sind zu erneuern, Werkzeuge und andere Arbeitsmittel bereitzustellen. Das schloss auch die völlige unzureichende Ausstattung mit Kraftfahrzeugen ein.

Fünftens: Zahlreiche Vorschläge der Bürger fordern eine bessere Infrastruktur, besonders in städtischen Neubaugebieten und auf dem Lande. Dazu ist ein komplexes Herangehen aller beteiligten staatlichen Leitungen und der verschiedenen Formen der sozialistischen Demokratie notwendig.

Ursprünglich wollten wir vor dem XII. Parteitag nichts von unseren Studien veröffentlichen. Da das Politbüro aber nicht auf unsere Vorschläge reagierte, Günter Mittag sogar 35 Studien mit dem ungeheuerlichen Vermerk "alles Quatsch" versehen haben sollte, mussten wir handeln. Für eine durchgreifende Reform, wie wir sie beabsichtigt hatten, war es im Herbst 1989 allerdings schon zu spät.

Ich schickte noch zwei Artikel an das "Neue Deutschland". Den zweiten veröffentlichte man nicht, obwohl oder vielleicht auch gerade deshalb, weil in ihm eine Korrektur der rigorosen Umwandlungen von 1972 vorgeschlagen wurde. Ein Bericht der "Leipziger Volkszeitung" vom 11. Oktober 1989 charakterisierte wesentliche Seiten meines Auftretens vor der Arbeitsgruppe "Handwerker und Gewerbetreibende" des Bezirkes Leipzig, die gerade in Leipzig selbst die große Massendemonstration erlebt hatte. In ähnlicher Weise korrespondierten wir mit Handwerkern anderer Städte und fanden auch in einem an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften veranstalteten Seminar große Aufmerksamkeit.

Laut Parteitheorie sollte ja die Partei auf allen Gebieten führen, tatsächlich nahmen die dafür erforderlichen Fähigkeiten zunehmend ab. Als Albert Norden noch für die Zusammenarbeit mit dem Nationalrat zuständig war, zeigte dieser noch Verständnis für die Interessen und Probleme der Bürgerinnen und Bürger verschiedener Klassen und Schichten. Mit dem Politbüromitglied Joachim Herrmann wurde ein absoluter Tiefstand erreicht. Dazu ein Beispiel: In einer Diskussion, die er mit den Sekretären für Propaganda der Bezirksleitungen führte, wandte er sich scharf gegen die Mitwirkung des Handwerks und der privaten Betriebe an Neuerungen und Erfindungen. Die wissenschaftlich-technische Revolution sei ausschließlich Sache der Kombinate. Ich wies ihn auf Diesel, Benz, Mauersberger und Nixdorf hin. Darauf konnte er nur erwidern, dass er Nixdorf nicht kenne. Ja, er wusste nicht einmal von der Existenz von Arbeitsgruppen beim Nationalrat.

Wenn auf diesem Gebiet dennoch manches erreicht wurde, so zuerst auf Initiative des Nationalrates, mancher Bezirksleitungen der SED und mit tatkräftiger Unterstützung der Blockparteien CDU, LDPD, NDPD und DBD.

7. Zur nationalen und internationalen Bedeutung unserer bündnispolitischen Erfahrungen

Zwischen dem März 1968 und dem November 1989 habe ich auf Veranstaltungen in 25 westdeutschen Städten und in Westberlin gesprochen. Immer dann, wenn unsere Bündnispolitik ins Zentrum rückte, stieg bei den Beteiligten die Aufmerksamkeit. Eine

positive Resonanz erlebte ich auch in Kuba. Zuerst als Lektor des ZK in fünf kubanischen Städten 1974. Bei internen Gesprächen mit Genossen der Bezirksleitungen beklagten meine Partner die Aktivität von Sekten in den Dörfern. Auf meine Frage, wer das früher verhindert habe, nannten sie die katholische Kirche. Warum sind dann eure Kirchen geschlossen? Es fehlten nicht nur viele Pfarrer, auch zahlreiche Handwerker und Händler existierten nicht mehr. Man brauchte nicht nach der Nationalität ihrer politischen Berater zu fragen. Bei meinem zweiten Besuch im Jahr 1983 freute ich mich über einen erkennbaren Wandel. Eigene Erfahrungen hatten zum Umdenken geführt. Ein wenig hat wohl auch der längere Aufenthalt des Genossen Florentino an unserem Institut dazu beigetragen. Gerne führe ich auch Vietnam als Beweis unseres Wirkens an.

1982 war Nguyen van Linh, Erster Sekretär der Saigoner vietnamesischen KP, in Bad Liebenstein zur Kur. Angeregt durch die gesellschaftliche Praxis der DDR, wo er private Gaststätten, Geschäfte und Handwerker im Bezirk Suhl erlebt hatte, bat er in Berlin um die Möglichkeit einer Information über die Bündnispolitik der SED. Man verwies ihn auf unser Institut. Einen vollen Tag saßen wir zusammen, und er fragte mich nach allen Bereichen unserer Bündnispolitik: Mehrparteiensystem, Verhältnis zu den Kirchen, Zusammenwirken von staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Betrieben. Ich hatte Gelegenheit, ausführlich alle seine Fragen zu beantworten. Genosse van Linh bedankte sich herzlich und erklärte, Südvietnam wolle und dürfe nicht die gleichen Fehler wie der Norden begehen, der sich einseitig auf das sowjetische Modell orientiert habe. Zum Abschied lud er mich nach Vietnam, in seine Stadt Saigon (Ho-chi-Min-Stadt) ein. Schon 1983 bot sich dafür eine Gelegenheit. Rolf Leonhardt und ich flogen auf Bitten des Vorsitzenden der Historikerkommission DDR - SRV nach Hanoi.

Ich hielt zwei Vorträge. Im ersten berichtete ich über unsere Aktivitäten zum "Karl-Marx-Jahr", wobei ich den Schwerpunkt auf den Kampf um den Frieden legte. Das war für die vietnamesischen Genossen ein zweischneidiges Schwert, waren sie doch drauf und dran, die Volksrepublik China als Hauptfeind zu betrachten. Die Hanoier Historiker hörten aber geduldig zu, da die deutschen Kommunisten hohe Wertschätzung genossen.

In meinem zweiten Vortrag sprach ich zu unserer Bündnispolitik. In der Diskussion gab es einen Meinungsstreit über das quantitative Anwachsen der Arbeiterklasse. Ein Historiker war nicht mit mir einverstanden, dass die Bauern, die Intelligenz und die Handwerker auch im Sozialismus eine unersetzbare Rolle spielen. Von mir in die Enge gedrängt gestand er, man habe ihm diese sektiererische Position auf der Parteischule in Moskau beigebracht.

Die Hanoier Genossen entsprachen meiner Bitte und flogen mit uns nach Ho-chi-Min-Stadt. Dort empfing uns Nguyen van Linh und gab im Gästehaus einen Empfang. An fünf Tagen ließ uns der erste Sekretär die unterschiedlichsten Eigentumsformen in seiner kaum überschaubaren Millionenstadt vorführen. Van Linh hatte führend am Kampf sowohl gegen die französischen Kolonialisten wie auch gegen die US-amerikanischen Okkupanten teilgenommen. 1986 wurde er zum Generalsekretär des ZK der KP Vietnams gewählt. Die positiven Auswirkungen seiner Wahl auf das Land waren bald zu erkennen. So hieß es bereits in der Abschlussresolution des VI. Parteitages, die SRV werde zur Beilegung der Streitigkeiten in der Region und zur Normalisierung der Beziehungen zur Volksrepublik China bereit sein. In Antwort auf die Grüße von Honecker erklärte Nguyen van Linh, dass die KPV nützliche Erfahrungen auch aus der politischen Arbeit der SED gewonnen habe.

Im November 1980 besuchte eine Delegation des Zentrums für sozialistische Theorie beim Exekutivkomitee der Sozialistischen Partei Japans die DDR. Starkes Interesse bekundeten die Gäste für die Bündnispolitik. So durfte ich ihnen sechs Stunden über

unsere Erfahrungen berichten. Sie baten darum, meine Broschüre "Bündnispolitik" in Japan drucken zu dürfen.

Otto Reinhold und mich luden die Japaner an ihr Zentrum nach Tokio ein. Wir waren vom 27. Oktober bis zum 6. November 1981 in Japan. Im japanischen Reichstag fand ein Symposium statt. Otto Reinhold sprach zur Gesellschaftsstrategie der SED und zum Kampf um den Frieden, ich zur Entwicklung der sozialistischen Demokratie.

Professor Katsumata übergab die Übersetzung meiner Broschüre zur Bündnispolitik, die in zwei Nummern ihres theoretischen Organs in 600 000 Exemplaren gedruckt worden war. Ein wichtiges Ergebnis unseres Japanbesuches war das Knüpfen neuer Fäden für eine bessere Zusammenarbeit mit sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien.

Im November 1981 flogen wir über Moskau nach Berlin zurück. Im März 1982 kam Oskar Lafontaine zu uns nach Berlin. Er und sein Stellvertreter führten an einem Tag Gespräche mit Otto Reinhold und mit mir. Beide Gäste waren erstaunt, mit welcher Offenheit wir die Probleme bei der Entwicklung unseres Landes darlegten. Wir boten auch eine ständige Zusammenarbeit an. Was mit den japanischen Sozialisten ging, sollte auch mit der SPD möglich sein.

Wahrscheinlich hat dieser Berlinbesuch Lafontaines, der ja selbst Mitglied der Grundwertekommission war, wesentlich sowohl zur Teilnahme der SPD an der Marxkonferenz 1983 als auch zu den kurze Zeit später beginnenden Gesprächen zwischen unserer Akademie und der Grundwertekommission beigetragen.

Im Februar des Jahres 1989 kamen zwei Emissäre aus Moskau zu uns. Einen Namen habe ich vergessen, der andere war Dr. Jan Vogler, Philosophiedozent am Institut für Gesellschaftswissenschaften in Moskau. Sie überbrachten herzliche Grüße von ihrem Direktor, den ich von gemeinsamen Treffen in Berlin, Prag und Sofia kannte. Die von mir bearbeitete Thematik "Mehrparteiensystem, Verhältnis zu den Kirchen, positive Rolle der privaten Handwerker, Händler und Unternehmer" sei für die UdSSR von brennender Aktualität. Außerdem interessierten sich die an diesem Moskauer Institut studierenden Genossen aus der Dritten Welt mehr für die Erfahrungen der DDR als für das sowjetische Modell. Deshalb gehe an mich die Bitte, Gastlektionen an ihrem Institut zu halten. Ich hätte umgehend damit beginnen und für Monate meinen Arbeitsplatz nach Moskau verlegen können. Ich fühlte mich geehrt, sagte das auch den Moskauer Genossen, bat mir aber Bedenkzeit aus. Noch bevor ich mir Rat im Zentralkomitee holen konnte, kam ein anders gearteter Anruf von der Propagandaabteilung des ZK: Für zwei Wochen als Lektor nach Nicaragua. Thema: "Bündnispolitik der DDR". Ich gestehe, das zweite Angebot übte den größeren Reiz auf mich aus, und ich sagte den Moskauern mit Bedauern ab.

Am 19. Februar 1989 flog ich über Moskau, Shannon (Irland) und Havanna nach Managua. Meine Gastgeber waren die Genossen des ZK der FSLN (Frente Sandinista de Liberacion Nacional). Ich sprach zur Bündnispolitik der SED in der Nationalschule der FSLN, in der Jugendhochschule und in den Regionalschulen der FSLN in Jinotepe und Matagalpa. Vor zahlreichen DDR-Bürgern hielt ich noch Vorträge in der DDR-Botschaft und im von der DDR betreuten und geleiteten Krankenhaus "Carlos Marx". Das Thema meines Vortrages stieß auf großes Interesse. Im Unterschied zu Kuba gab es in Nicaragua keinen starken Einfluss der KPdSU. Hier wirkten stärker unsere Erfahrung und auch schon die Lehren der kubanischen Revolution. Mein Begleiter, ein junger Abteilungsleiter aus dem Parteivorstand, zeigte mir interessante Beispiele ihrer Bündnisse. So nahm ich an zwei Sitzungen im Parlament teil, bei denen es heiße Debatten gab und auch Abgeordnete rechter Parteien große Reden schwangen. Das private Handwerk erlebte ich auf den Märkten von Managua und Masaya.

Mit meinem Begleiter besuchten wir auch seinen Bruder in einer neuen Kirche. Dieser war zugleich Pfarrer und Parteisekretär im Wohngebiet. Die Kirche ist innen von einem sandinistischen Künstler gestaltet. Vom Leidensweg Jesus' bis zum Kampf gegen die US-Aggressoren erleben die Besucher die künstlerische Gestaltung wesentlicher Elemente der "Ideologie der Befreiung". Der Pfarrer hat mit großer Freude ein kleines Geschenk von mir entgegengenommen: einen Miniband mit Aussprüchen von Karl Marx. In der Jugendhochschule hörten mir Jungen und Mädchen mit heißen Blicken zu. Die meisten trugen an der Brust ein Kreuz und an der Mütze einen roten Stern. Sie wurden gerade zur Agitation in den Norden verabschiedet, wo die konterrevolutionären Banden noch ihr Unwesen trieben. In diesen Norden führte auch unser Weg. Als ich in Matagalpa gesprochen hatte, fuhr der Bezirkssekretär mit mir in ein romantisches Restaurant. Es trug den Namen "Schwarzwald". Deutsche Einwanderer hatten es vor 1900 gegründet. Als wir losfuhren, legte mir der Sekretär eine polnische MPI auf den Schoß. Wir brauchten sie nicht und aßen bald ein nahezu echtes deutsches Mittagssmahl im sandinistischen "Schwarzwald".

In Managua wohnte ich in einer kleinen "Hotelita" gemeinsam mit einigen Genossen der DKP. Sie hatten aus einem Betrieb am Bodensee die dort ausgemusterte Telefonanlage über die Mithilfe von Seeleuten nach Nicaragua verbracht und bauten sie jetzt während ihres Urlaubs in der Parteizentrale der FSLN ein.

Eines Tages kam eine Genossin aus München. Sie brachte die neueste "UZ" mit, in der wir folgende Annonce entdeckten: "Perestrojka, Marktwirtschaft, Krisen in sozialistischen Ländern - hat der Sozialismus eine Zukunft? Atomare Bedrohung, ökologische Katastrophe, Hunger in der 'Dritten' Welt - zerstört sich die Menschheit selbst? Gemeinsame Lösung der globalen Probleme und Kampf der sozialen Klassen - ein Widerspruch? Hat sich der Klassenkampf überlebt? - Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dr. Heinz Hümmeler, DDR". Da ich am 7. März aus Nicaragua zurückflog, blieb bis zu den Vorträgen in Franken wenig Zeit, zumal am 16. März noch mein 60. Geburtstag war. Es begann und endete mit Vorträgen in Nürnberg, dazwischen lagen Vorträge in Erlangen, Würzburg, Hof und Bamberg.

Die mit den Einladungen vorgegebenen Themen waren ja allesamt aktuell, allein bei den Diskussionen in den Versammlungen standen nicht so sehr die atomare Bedrohung oder die Angst vor einer ökologischen Katastrophe im Mittelpunkt, sondern die Angst vor dem Zerfall des sozialistischen Lagers und dem Sieg des Imperialismus in ganz Deutschland. Ich spürte, vielen westdeutschen Genossen war die Gefahr, die auf die DDR zukam, schon zu dieser Zeit stärker bewusst als vielen von uns. So waren mit der "Perestroika" verbundene Hoffnungen relativ selten, dafür gab es klare Positionen, die von Gorbatschows Verrat ausgingen. Am stärksten kam das von trotzkistischen Teilnehmern an den Diskussionen. Die Versammlungen waren an allen Orten gut vorbereitet und stark besucht. Zwei Begegnungen möchte ich erwähnen.

Die erste in Bamberg: Von der Versammlung sind mir zwei Themen im Gedächtnis geblieben. Auf die von mir erwähnte Tatsache, dass die DDR für ganz Deutschland Reparationen an die Sowjetunion zahlte, meinte ein Bamberger, das müsse selbstverständlich bei einer Wiedervereinigung von der BRD beglichen werden. Eine andere Mitteilung kam von einem Studenten. Er berichtete von einem Auftreten Jürgen Kuczynskis an der Universität. Er habe sehr kritisch gegen die DDR und für die Perestroika argumentiert. Kuczynski, der 1971 den Schmierartikel "Über meinen Freund Erich Honecker" in der "Weltbühne" geschrieben hatte, griff jetzt denselben "Freund" schamlos an und unterstützte den Verrat Gorbatschows. Darf man vermuten, dass dahinter eine sowjetische Organisation steckte, für die Kuczynski nicht zum erstenmal tätig wurde?

Die zweite bemerkenswerte Diskussion fand in Schwarzenbach statt. Im Saal herrschte eine gute Stimmung. Es waren auch zahlreiche SPD-Mitglieder anwesend, die auch mit sachlichen Beiträgen an der Diskussion teilnahmen. Es trat ein Kommunist auf, der uns Leichtgläubigkeit vorwarf. Das betreffe sowohl Gorbatschow, aber auch die BRD. Nach seiner Meinung sei Gorbatschow ein imperialistischer Agent, und die NATO warte schon darauf, die DDR militärisch zu okkupieren. Ich habe damals dem Genossen widersprochen und mich später bei ihm entschuldigt. Zu Gorbatschow stimmte ich zwar nicht den politischen Teenagern zu, glaubte aber noch nicht an Verrat.

Man kann natürlich fragen, ob unsere historischen Erfahrungen aktuelle Bedeutung haben. Ich möchte das durchaus bejahen. Dabei sind unbedingt die unterschiedlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Was in China erfolgreich ist, kann in Venezuela zu ganz anderen Ergebnissen führen. Es gehört zu unseren Erkenntnissen, dass Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung sich nur bei Beachtung der nationalen Bedingungen realisieren und es kein allgemeingültiges, etwa das sowjetische Modell gibt. Jede revolutionäre Partei trägt zum Erfahrungsschatz der Arbeiterbewegung bei. Und ich komme noch einmal auf das Verhältnis von Licht und Schatten in unserer Bündnispolitik zurück: Was in der DDR auf dem Gebiet der Bündnispolitik geleistet wurde, das wird auch künftig vor der Geschichte bestehen.

Wenn der heutige Vortrag die Überschrift "Erfolge und Defizite" trägt, brauchen wir Defizite keineswegs zu verschweigen, aber die Erfolge gilt es neuen Generationen in unserem Land zu vermitteln.

Prof. Dr. Gerhard Fischer

Erfahrungen der DDR-CDU mit der Bündnispolitik

Welche Erfahrungen hat die CDU der DDR mit der Bündnispolitik gemacht? Eine Frage, die nicht ganz einfach zu beantworten ist. Würde man sie 100 000 christlichen Demokraten stellen - in den 80er Jahren hatte die DDR-CDU knapp 140 000 Mitglieder -, würde man wahrscheinlich 100 000 verschiedene Antworten erhalten, unterschiedlich je nach dem persönlichen Werdegang und politischen Erlebnishorizont des Betreffenden, vor allem je nach den Partnern, denen er in den Reihen der SED begegnete: Waren es bündnisbereite Genossen, oder hielten sie die Existenz befreundeter Parteien nur für ein bloß dekoratives Element, für reine "Kunst am Bau" des Sozialismus in der DDR? Verwirklichten sie die bündnispolitische Generallinie ihrer Partei, oder verfochten sie einen gesellschaftlichen Alleinvertretungsanspruch der SED? Beides kam vor, beides beeinflusste das bündnispolitische Klima in der DDR. Hinzu kam ein Klimawechsel zuweilen dann, wenn sich ein Etappenwechsel in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung vollzog - sei es, dass sich die Klassenstruktur, sei es, dass sich die politische Strategie und Taktik veränderte.

Lasst mich diese Thesen kurz an eigenem Erleben in fast viereinhalb Jahrzehnten verdeutlichen. Mitglied der CDU bin ich seit April 1946. Seinerzeit wurde die politische Landschaft im Nachkriegsdeutschland von einer wirtschaftlichen und geistigen Ausgangslage geprägt, die zu gemeinsamem Handeln der progressiven Kräfte geradezu zwang. Die Lehren der Geschichte, die Nöte der damaligen Situation, aber auch die Aufgaben für die Zukunftsgestaltung machten das Zusammenwirken der Parteien unabdingbar. Dabei lernten wir alle sehr schnell dazu.

Die CDU-Ortsgruppe in unserer kleinen brandenburgischen Stadt übertrug mir als erste Funktion außerhalb der Partei ihre Vertretung in der Gemeindejugendkommission. Die hatte unter anderem Kindern, denen der Krieg die Eltern genommen hatte, einen neuen Familienanschluss zu vermitteln. Da hätte es wenig Sinn gehabt, uns in der Kommission unsere Parteiprogramme gegenseitig um die Ohren zu hauen; denn davon hätte kein Kind ein neues Elternhaus erhalten. Mit anderen Worten: Die sozialen Probleme der unmittelbaren Nachkriegsperiode waren nur mit vereinten Kräften zu lösen.

Da ich im Ortsgruppenvorstand meiner Partei der Jugendreferent war, wurde ich 1946 auch in die gerade gebildete FDJ-Ortsleitung in unserem Städtchen delegiert. In dieser Organisation hatte ich bis zum Beginn der 50er Jahre ehren- und hauptamtliche Funktionen bis zur Landesebene. Dabei bestätigte sich, was viele CDU-Mitglieder zu jener Zeit an sich selbst erfuhren: Die Mitarbeit in solchen gesellschaftlichen Organisationen erwies sich für uns als eine Schule der Demokratie, in der wir Schulter an Schulter mit Angehörigen der SED, anderer Parteien und Parteilosen an der Erfüllung der Aufgaben wuchsen und in der Regel auch zu einem guten menschlichen Miteinander und Füreinander fanden. An Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen fehlte es nicht; in der FDJ war es zum Beispiel um 1948 die Frage der Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre, bei der die SED dafür, die CDU zunächst dagegen war. Aber die Diskussion darüber, die mit mir auch innerhalb des Verbandes geführt wurde, trug im Wesentlichen freundschaftlichen Charakter.

In der Zeit rund um die Gründung der DDR nahmen allerdings bestimmte Auseinandersetzungen um politische Grundfragen einen ausgesprochenen Kampfcharakter an. Im Kern ging es nun doch um die Alternative zwischen den gesellschaftlichen Systemen. Das war die Zeit beispielsweise der von Leitungen der SED organisierten "Demonstrationen der Werktätigen" gegen Politiker aus bürgerlich-demokratischen Parteien, die schwierige Zeit dann der Vorbereitung auf die ersten Wahlen mit gemeinsamem Wahlprogramm und gemeinsamen Kandidatenlisten der Nationalen Front, schließlich die Zeit im Zeichen der Losung "Deutsche an einen Tisch!" - also ein sehr wechselvoller Zeitabschnitt. Damals war ich Kreissekretär der CDU in der brandenburgischen Landeshauptstadt und Mitglied des Potsdamer Kreisblockausschusses, der trotz allem ausgezeichnet arbeitete. Auch seinerzeit blieben örtlich Reibereien zwischen den Parteien nicht aus; aber bei der Wahlvorbereitung konnte es etwa geschehen, dass mich vormittags der 1. Kreissekretär der SED anrief und sagte: "Heute Abend werden wir in der Einwohnerversammlung gegen Euren Kandidaten XY Stellung nehmen" - also: bereitet euch darauf vor! Ich will damit andeuten: ein bestimmtes Vertrauensverhältnis, das sich herausgebildet hatte, wirkte auch in gewissen Konfliktfällen weiter.

1952 begann mit der 2. Parteikonferenz der SED, die offen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei proklamierte, abermals eine neue Periode in der Entwicklung der Bündnispolitik. Sie drückte sich unter anderem darin aus, dass im Apparat des ZK der SED eine Arbeitsgruppe "Befreundete Organisationen" gebildet wurde, die Vorläuferin der späteren Abteilung "Befreundete Parteien". Ich war im Vorjahr nach Berlin ins Sekretariat der CDU-Parteileitung berufen worden und wurde nun beauftragt, den ständigen Kontakt zu dieser Arbeitsgruppe zu halten. Für meinen Teil habe ich darin nie ein Verhältnis der Über- und Unterordnung gesehen, sondern eine Form der Kooperation, in der die SED ein Prinzip realisierte, das sie in der ihr eigenen dialektischen Sichtweise auf die Formel brachte: "Die Arbeiterklasse teilt die Macht nicht, aber sie beteiligt ihre Verbündeten an deren Ausübung." Überhaupt habe ich Beratungen mit Vertretern der SED immer als eine Art Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit Partnern betrachtet, nie als Befehlsempfang. Andere mögen das anders verstanden haben - manche Äußerungen seit der "Wende" lassen darauf schließen.

Bei mir folgten einige Jahre in der CDU-Presse, und zwar in Eigenschaften, in denen ich - wie später auch - häufig mit dem Presseamt, auch mit dem Nationalrat und anderen Institutionen zu tun hatte; aber das wäre ein Kapitel für sich. Inhaltlich bedeutsam ist nach meinem Dafürhalten in der Entfaltung der sozialistischen Demokratie und auch der Beziehungen zwischen den Parteien der Zeitraum seit der Bildung des Staatsrates der DDR 1960 - ein Zeitraum, der nicht allein von der Entwicklung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung, sondern auch von vielfältigen Bestrebungen der SED- und Staatsführung gekennzeichnet war, auf zahlreichen Gebieten den Sachverstand von Fachleuten zu nutzen und immer weitere Schichten der Bevölkerung für die Mitarbeit an der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben zu gewinnen. Bemerkenswert war, dass der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht schon in seiner Programmatischen Erklärung hervorhob, das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus seien keine Gegensätze, und dass 1961 zu seinen ersten öffentlichkeitswirksamen Amtshandlungen das richtungsweisende Gespräch vom 9. Februar mit Theologen, kirchlichen Amtsträgern und anderen christlichen Bürgern gehörte, in der von beiden Seiten diese Aussage vertieft wurde. Die Begegnung war vom Hauptvorstand der CDU vorgeschlagen und maßgeblich mit vorbereitet worden.

Weil mein unmittelbarer Vorgesetzter einer der Stellvertreter des Staatsratsvorsitzenden geworden war, lernte ich auch die Arbeitsweise des Staatsrates ein wenig aus der Nähe kennen, ebenso wie vorher und nachher die Arbeitsweise der Volkskammer und schließlich über längere Jahre die der Liga für Völkerfreundschaft der DDR. Auch gehörte ich fast vier Jahrzehnte lang dem Präsidialrat des Kulturbundes als einer ausgesprochenen Bündnisorganisation an. All das erlaubt mir wohl auch den Versuch, bestimmte Perioden in der Geschichte der Bündnispolitik miteinander zu vergleichen. In der Rückschau also erscheinen mir die 60er Jahre besonders ergebnisreich. Die Zusammenarbeit der Parteien bewährte sich, wobei sich der Schwerpunkt allerdings vom Demokratischen Block in den Staatsrat verlagerte. Der Terminus "Sozialistisches Mehrparteiensystem" kam auf. Wozu Walter Ulbricht im Bericht des ZK an den VI. Parteitag der SED die befreundeten Parteien aufgerufen hatte - nämlich in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv ihre Mitverantwortung wahrzunehmen -, begann sich in wachsendem Maße mit Leben zu erfüllen.

Die CDU tat das durch die ihr angehörenden Abgeordneten und hauptamtlichen Staatsfunktionäre, Mitglieder von Ausschüssen der Nationalen Front, von Beiräten, durch Schöffen, Elternvertreter - die Aufzählung ist unvollständig. Mit einer Vielzahl von Studien, Vorschlägen und Hinweisen bereicherte die CDU die Staatspolitik auf den verschiedensten Ebenen - allerdings nicht mit systemverändernder Absicht (was ihr heute von gewisser Seite als Schuld angerechnet wird), sondern im Interesse des gesellschaftlichen Ganzen. In Walter Ulbrichts Formulierung von der "sozialistischen Menschengemeinschaft" - einem Wort von Johannes R. Becher entlehnt und für jene Zeit gewiss verfrüht, zumindest überhöht - wurde auf jeden Fall ein Ziel vorgezeichnet, das mit christlichen und anderen humanistischen Wertvorstellungen durchaus in Einklang zu bringen war. Der damals geprägte Begriff "sozialistische Gemeinschaftsarbeit" traf in hohem Grade auch auf die Zusammenarbeit der Parteien zu.

Dieser Prozess wurde Anfang der 70er Jahre abgebremst und partiell abgebrochen, ja in mancher Hinsicht in sein Gegenteil verkehrt. Was sich mit dem Kurs der Hauptaufgabe 1971 zunächst erfolversprechend abzeichnete, mündete in vielen Bereichen in Stagnation; bekanntlich aber bedeutet Stagnation letztlich Rückschritt. Auch bündnispolitisch machte sich das bemerkbar. Der Demokratische Block wurde zur bloßen Formsache, also praktisch zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Die aktivierende Rolle der Nationalen Front ließ spürbar nach. Ihre massenpolitische Arbeit nahm mehr und mehr Routinecharakter an. Volkskammer, Staatsrat, Ministerrat vollzogen de facto nur noch, was

das ZK oder sein Politbüro beschlossen hatten. Die Beziehungen zwischen den Parteien erstarrten zentral in den etwa halbjährlich stattfindenden "Beratungen des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR mit den Vorsitzenden der befreundeten Parteien und dem Präsidenten des Nationalrats", in denen aber nichts beraten, keine Auseinandersetzung mit aktuellen Problemen geführt, kein Lösungsweg gesucht und gefunden wurde. Die Probleme jedoch mehrten sich. Wie sie sich stauten und schließlich entluden, haben wir hier vor einem Jahr miteinander diskutiert.

Trotz alledem gehört die Bündnispolitik mit ihren positiven Seiten zu den Aktivposten in der Vorgeschichte und Geschichte der DDR. Einige Faktoren schlagen demgegenüber in der Abschlussbilanz negativ zu Buche, auch für die christlichen Demokraten der DDR. Als Beispiel sei nur erwähnt: In der ersten DDR-Regierung stellte die CDU neben einem stellvertretenden Ministerpräsidenten drei Minister und drei Staatssekretäre - in den 80er Jahren nur noch einen Minister, der zugleich Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates war, ferner zwei bis drei stellvertretende Minister und einen stellvertretenden Staatssekretär, nämlich den für Kirchenfragen. Eine ähnliche Rechnung lässt sich auch für andere Kategorien aufmachen, etwa bei Betriebsdirektoren, bei LPG-Vorsitzenden, bei Schulleitern. Dass die SED die "Kommandohöhen" mit aller Selbstverständlichkeit für sich in Anspruch nahm, erwies sich besonders bei den bewaffneten Organen der DDR: Mit Ausnahme etwa von Reserveoffizieren im Sanitätsdienst sucht man CDU-Mitglieder in den entsprechenden Dienstgraden und -stellungen vergeblich. Dieser Aspekt von Kaderpolitik gehört nicht zu den nur erfreulichen Erfahrungen aus der Geschichte der CDU.

Dennoch überwiegen die guten und bewahrenswerten Ergebnisse der Bündnisbeziehungen. Für die CDU möchte ich hervorheben:

1. Was sie sagte, wurde in den meisten Fällen ernst genommen; denn hier äußerte sich christliche Verantwortung als Mitverantwortung für das Ganze.
2. Was die CDU-Mitglieder leisteten, wurde gesellschaftlich anerkannt; denn hier zeigte sich, dass christliche Ethik dazu veranlasst, für den Frieden und für das Wohl des Mitmenschen zu wirken.

Vergleicht man die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, so war meines Erachtens die Bündnisarbeit, unter anderem dank der Existenz und Aktivität mehrerer Parteien, am weitesten in der DDR ausgeprägt. Dass die CDU und andere Parteien Ende November/Anfang Dezember 1989 die Blockgemeinschaft aufkündigten, brach einen Eckstein aus dem Gebäude der sozialistischen Gesellschaft heraus. Wie manche Funktionäre und Mitglieder der DDR-CDU während und nach der "Wende" politisch optierten und agierten, gereicht ihnen nach meiner Meinung nicht unbedingt und in jedem Falle zu Ruhm und Ehre.

Was lässt sich aus der Geschichte der Bündnispolitik in der DDR für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts lernen? Wohl vor allem: Beim Aufbau der neuen Ordnung ist ein breitestmöglicher Konsens aller in Betracht kommenden politischen und sozialen Kräfte anzustreben, der in der Praxis immer wieder neu herzustellen ist. Diesem Ziel entsprechend unseren Möglichkeiten vorgearbeitet zu haben - das können wir uns, wie ich meine, in aller Bescheidenheit als Verdienst anrechnen.

Dr. Hans Reichelt

Bündniserfahrungen der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands

Eine Bauernpartei, nein - oder doch ja?

Beim Treffen mit der KPdSU-Führung in Moskau am 4. Juni 1945, an dem Pieck, Ulbricht, Ackermann und Sobottka teilnahmen, hielt Stalin die Gründung eines Bauernbundes (oder Bauernpartei, wie es sie in Bulgarien bzw. Polen mit langen Traditionen gab) nicht für zweckmäßig. Um die Bauern müsse sich die Partei (KPD) selbst kümmern. Deshalb dürfe sie sich nicht nur an die Arbeiterklasse wenden, sondern es sollte "Kurs auf Schaffung der Partei der Werktätigen (Arbeiter, schaffende Bauern, Intellektuelle) genommen werden".

Für die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und eines künftigen Arbeiter-und-Bauern-Staates war das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und werktätigen Bauern unerlässlich. Diese galt es als Hauptverbündeten zu gewinnen. Aktuell war zu berücksichtigen, dass die werktätigen Bauern und Bäuerinnen, einschließlich mithelfender Angehöriger, mit schätzungsweise 3,5 bis vier Millionen Wahlberechtigten eine entscheidende Kraft darstellten. Doch ihre Gewinnung als Mitglieder der Arbeiterpartei bzw. als deren Wähler war, wie das Leben bald lehrte, kurzfristig nicht zu erreichen. Dem standen, nach Pieck und Ulbricht, in der Partei Gleichgültigkeit und sogar Feindschaft entgegen. Ein längerer Kampf mit vielen Auseinandersetzungen stand bevor.

Im Juli 1946 stellte Ulbricht auf einer Parteivorstandssitzung der SED mit dem Blick auf die ersten Kommunalwahlen in der SBZD im Herbst 1946 fest: "Wenn man Wahlen mit Erfolg durchführen will, muß man die Mehrheit der Bauernschaft gewinnen. Aber ich frage Euch, wen haben wir bisher als Verbündete auf dem Lande gewonnen? Wir haben vor allem einen sehr großen Teil der Neubauern gewonnen, aber nicht die Altbauern." Seine Schlussfolgerung war, "die VdgB in kürzester Frist zu der führenden wirtschaftlichen und politischen Kraft im Dorf (zu) entwickeln". So stand diese zu den Kommunalwahlen 1946 als erste Massenorganisation nach den Parteien als Liste 4 auf den Wahlzetteln.

Das Wahlergebnis fiel ernüchternd aus: Gemeindevertretungen SED 58,5 %, mit VdgB 60,5 %; Kreistage SED 47,5 %, mit VdgB 56,6 %; Landtage SED 47,5 %, mit VdgB 50,8 %. In den Landtagen Brandenburg und Sachsen-Anhalt sowie zahlreichen Kreistagen hatten CDU und LDPD die absolute Mehrheit erreicht. Die VdgB hatte sich nicht als politisch führende Kraft im Dorf profilieren können.

In nur 1177 Dörfern von 12 227 gab es Ortsparteiorganisationen der SED. Nach einer Einschätzung von Dahlem im Juli 1946 galten sie "als schwächste Glieder, die wir in den Parteiorganisationen haben". Ihr Einfluss in der VdgB war vielerorts schwach und - wie auch der Anteil der Mitglieder - rückläufig. Dem gegenüber wuchs der der bürgerlichen Parteien. Nicht wenige VdgB-Leitungen bestanden auf politischer Unabhängigkeit, auf Überparteilichkeit und praktizierten diese.

Zu politisch-ideologischen Ursachen dieser Entwicklung stellte W. Pieck auf dem 2. Parteitag der SED, ein Jahr später, fest, dass der Parteivorstand "besondere Aufmerksamkeit darauf verwandt habe, die Mitglieder der Partei von der Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit der Bauernschaft zu überzeugen und der vielfach noch vorhandenen Gleichgültigkeit - wenn nicht gar Feindschaft - gegenüber der Bauernschaft energisch entgegenzutreten".

Gründung der Bauernpartei - Bedingungen und Beschränkungen

Im Prozess der Umwandlung der SED zu einer Partei neuen Typs und mit dem Blick auf eine mögliche Spaltung Deutschlands konzentrierte sich die Führung der SED darauf, "die ganze Verantwortung für die Gestaltung der Politik und der Wirtschaft in unserer Zone zu übernehmen". Nach der eingehenden Begründung zog Pieck auf der Parteivorstandssitzung im Mai 1947 die Schlussfolgerung: "Wir brauchen bei den nächsten Wahlen eine überzeugende Mehrheit, um das durchzuführen, was wir bei der veränderten Lage in der Ostzone durchsetzen müssen."

So kam es Ende 1947 zum Vorschlag der Informationsabteilung der SMAD unter Oberst Tulpanow, eine Bauernpartei zu gründen. Vorausgegangen waren Aussprachen von Offizieren mit Neu- und Altbauern sowie Bäuerinnen, mit Bauern- und Kommunalfunktionären. Nach ersten Bedenken in der Führung der SED kam es am 26. März 1948 in Moskau bei einem Treffen mit der Führung der KPdSU zur Zustimmung für die neue Bauernpartei. Am 16. April informierte Ulbricht in einem Vortrag an der Parteihochschule über die Gründung neuer Parteien, zu denen auch eine Bauernpartei gehören würde. Wenige Tage später sprach W. Pieck auf einer Kundgebung über die Erweiterung des bestehenden Parteiensystems.

Am 17. 4. 1948, anlässlich einer VdgB-Konferenz, kam es zu einem Aufruf einiger Bauern und Bäuerinnen zur Gründung einer selbstständigen Partei der werktätigen Bauern. Einige Tage später, am 29. April 1948, berieten in Schwerin 126 Bauern, Bäuerinnen und Funktionäre aus allen Kreisen des Landes über den Gründungsauftrag, wählten einen Landesgründungsausschuss mit Ernst Goldenbaum als Vorsitzenden und stellten den Zulassungsantrag an den Chef der SMAD in Mecklenburg. Als Forderungen eines künftigen Parteiprogramms wurden unter anderem diskutiert: die Mitarbeit in allen Parlamenten und der staatlichen Selbstverwaltung, die Entwicklung des Bündnisses mit der Arbeiterklasse, die Vertretung der ökonomischen und politischen Interessen der werktätigen Bauern, die Beteiligung an der Agrar- und Landwirtschaftspolitik zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und der besseren Ernährung des ganzen Volkes. Auch die Mitgestaltung der antifaschistisch-demokratischen Verhältnisse und die Teilnahme am Kampf um ein einheitliches demokratisches Deutschland waren enthalten. Die Schweriner Konferenz wurde später als Gründungsdatum der DBD begangen.

Pieck hatte im Mai 1948 auch die Bedingungen für die Gründung der neuen Partei benannt. Sie sollte zwar keine SED-Partei sein, aber es bestünde ein "großes Interesse daran, die Partei und ihre Führungen zu beeinflussen, damit sie mit der SED in den Parlamenten und auch sonst im öffentlichen Leben arbeiten". Er sprach die Hoffnung aus, "daß es möglich sein würde, daß Menschen, die nach einem politischen Stützpunkt suchen, ihn nicht bei den beiden bestehenden bürgerlichen Parteien, bei denen ... die reaktionären Elemente immer mehr die Oberhand gewinnen, finden". Den Genossen in der VdgB übertrug er Verantwortung für die Führungskräfte der neuen Partei. Sie müssen "alles daran setzen, daß die Führungen der Bauernpartei in festen, zuverlässigen, demokratischen Händen ist, nicht daß die SED-Genossen dort etwa mit anderen Kräften die Führung bilden, aber die Sicherheit, daß die Partei im Sinne der demokratischen Politik marschiert, müssen unsere Genossen in der VdgB unbedingt schaffen".

Das war unmissverständlich. Allerdings war es auch ein Trostpflaster. Nicht wenige Genossen in Führungsfunktionen hatten massiv und offen die Meinung vertreten, dass die VdgB die der DBD zgedachten Aufgaben durchaus selbst erfüllen könnte. Die historische Entwicklung lässt den Schluss zu, dass von der SED-Führung ein gewisses Risiko bereits bei der Gründung der Bauernpartei in Rechnung gestellt wurde. Das führte zu teils sehr widersprüchlichen Entscheidungen.

Sehr bald wurden Mitglieder aus neu gegründeten DBD-Ortsgruppen in die Gemeindevertretungen kooptiert. Am 15. August 1948 wurde die Partei in den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien aufgenommen. Sie wurde mit dem Vorsitz der Hauptverwaltung Landwirtschaft in der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) betraut und erhielt die ersten Sitze im Deutschen Volksrat.

Mit der Gründung der DDR zog die DBD mit einer starken Fraktion in die Provisorische Volkskammer ein. Ihr wurde eine hohe Verantwortung für die staatliche Leitung der Landwirtschaft übertragen. In der Regierung stellte sie den Landwirtschaftsminister. In der Mehrzahl der Landesregierungen stellte sie den Landwirtschaftsminister wie auch in den Kreisräten die Leiter für die Landwirtschaft.

Durch viele Vorschläge und Kritiken aus den Vorständen und besonders deren Agrarpolitischen Kommissionen nahm sie Einfluss auf viele agrarpolitische Gesetze, Beschlüsse der Regierung oder örtlicher Staatsorgane. Sehr direkt und erfolgreich war die Mitarbeit ihrer Mitglieder in den Anbauplan- und Differenzierungskommissionen, den Ausschüssen des Freien Marktes und in anderen Kommissionen in den Dörfern und Kreisen. Deren Tätigkeit betrafen direkt die Interessen jedes bäuerlichen Hofes. Nicht selten erwies sich die Bauernpartei als Korrektiv von staatlichen Regelungen, besonders bei der Differenzierung der Ablieferungsnormen oder der materiell-technischen Versorgung der Landwirtschaft und der Dörfer. Auch der Vorschlag zur Auszeichnung mit dem Ehrentitel "Meisterbauer" geht auf die Bauernpartei zurück.

Das Wirken der Partei wurde bald in der Öffentlichkeit und besonders in den Dörfern spürbar. Ein Ergebnis war, dass sich in allen Kreisen Organisationen der Partei gebildet hatten. Innerhalb eines Jahres wurden in 2000 Dörfern (17 % aller Dörfer) Ortsgruppen mit 28 279 Mitgliedern, davon rund 17 % Frauen und 15 % Jugendliche, gegründet. Vereinzelt fanden auch Mitglieder der CDU und LDPD den Weg in die Bauernpartei. Ihr Anteil lag im Juni 1949 bei der CDU bei 1,6 % und der LDPD bei 1,3 %.

Die organisatorische Sicherung des Bündnisses und deren Grenzen

Werktätige Bauern und auch die SED-Führung schienen mit dieser Entwicklung einverstanden zu sein. Nachdem auf dem 1. Parteitag der DBD Grotewohl erklärt hatte, dass die SED ihre Hände der DBD entgegenstrecke, begründete auf dem 2. Parteitag 1951 in Eisenach Ulbricht die politische Bedeutung der Bauernpartei: "Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands ist die erste demokratische Bauernpartei, die es in Deutschland gibt. Das ist ein großer Fortschritt, weil durch die Existenz der DBD das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern auch organisatorisch gesichert werden kann." An der Basis und in den Führungen der Partei wurde das mit großer Genugtuung aufgenommen. Die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte sollte das auch bestätigen. Doch es wurden sehr enge Grenzen gesetzt.

Diese Politik, auch mit Hilfe einer Bauernpartei werktätige Bauern und Bäuerinnen an der Politik der SED zu beteiligen, entwickelte sich durchaus erfolgreich. Aber sie durfte den direkten Einfluss der SED auf den wichtigsten Bündnispartner nicht stören. Von Beginn an gab es Misstrauen, dass die Bauernpartei eigene Wege in der Agrarpolitik gehen, bäuerliche Mitglieder aus der SED abwerben oder sie ihr vorenthalten würde. Bedenken gab es auch, dass sie einen zu großen Einfluss in den Dörfern haben, die führende Rolle der SED einschränken und das Vertrauen zur Arbeit der DBD oder deren Führungskräfte zu stark werden könnte. Von vornherein waren große Bereiche der Landwirtschaft für die politische Arbeit und Mitgliederwerbung der DBD tabu; so die MTS, alle anderen volkseigenen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Arbeiter generell, später mehr oder weniger auch Berufs-, Fach- und Hochschulen sowie landwirtschaftliche Verwaltungen.

Sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft und Bündnispolitik

Für die SED-Führung war die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft mit der Herstellung des engen Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und werktätigen Bauernschaft verbunden. Und das galt für alle Seiten der Bündnisbeziehungen, das Produktions- und Handelsbündnis, das politische und das geistig-kulturelle. Darin fest eingeschlossen war auch die Gewinnung von werktätigen Bauern und Bäuerinnen als Mitglieder der SED und die Bildung von Parteiorganisationen in Dörfern und LPG. Im Juli 1952 wurden politische Abteilungen bei den MAS als Organe des ZK der SED gebildet. Wenige Wochen später erging eine Direktive des ZK über die Bildung und Arbeit der Parteiorganisationen in LPG.

Auf der 2. Parteikonferenz forderte Ulbricht erneut und nachdrücklich: "Es muß Schluss gemacht werden mit den Überbleibseln des alten sozialdemokratischen Verhaltens gegenüber der Bauernschaft. Man muß begreifen, daß die Arbeiterklasse den Aufbau des Sozialismus und die Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft nur im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft durchführen kann."

Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft wurde Chefsache des Generalsekretärs der SED. Das nicht etwa plakativ, wie heute in Deutschland üblich, auch nicht nur im allgemeinen, sondern bis ins Detail. Von den zehn stattgefundenen LPG-Konferenzen hat Ulbricht auf neun das Hauptreferat gehalten, Erreichtes analysiert und die künftigen Aufgaben begründet.

Kurz vor der 2. Parteikonferenz der SED erfolgte gemeinsam durch die Führung der SED und DBD die Auswahl der ersten zehn LPG. Das waren Dörfer, in denen Bauern einfache Formen genossenschaftlicher Produktion betrieben und die Bildung von Produktionsgenossenschaften schon des längern angestrebt hatten. Jetzt konnten sie die Zustimmung hierfür erhalten. So waren am Beginn der LPG-Bildung Mitglieder und Führung der DBD beteiligt. Sehr bald stellte die Partei ihre Potenzen und ihre Akzeptanz auch als sachkundiger Partner beim Eintritt in die LPG unter Beweis. Bei der Steigerung der Erträge war dies vielerorts schon früher geschehen.

Im Oktober 1952 hatten sich in 55 % aller Gemeinden 81 731 Mitglieder in 4736 Ortsgruppen, 1699 Stützpunkten und 285 Betriebs- und Schulgruppen organisiert. Die SED hatte in 50 % der Gemeinden Ortsparteiorganisationen und in 50 % der neu gegründeten LPG Betriebsgruppen.

Wenige Monate nach Gründung der ersten LPG beschloss im Februar 1953 das Politbüro der SED ohne Kenntnis der Parteiführung der DBD Schlussfolgerungen zur Entwicklung der anderen Parteien und für die Arbeit des Demokratischen Blocks. Für die DBD enthielten sie bedeutende Beschränkungen. Von den ursprünglichen Orientierungen, in allen Dörfern Ortsgruppen zu bilden und alle Bauern für die LPG zu gewinnen, war keine Rede mehr. Die neuen Auflagen waren: "Überzeugungsarbeit nur unter den Klein- und Mittelbauern in ihrer Partei zwecks ihres Beitritts in die Produktionsgenossenschaften, ... Einschränkung der Werbung neuer Mitglieder, ... Einstellung der Tätigkeit der bestehenden Betriebs- und Schulgruppen sowie die Verhinderung der Bildung weiterer und die Einstellung der Werbung von Land- und Forstarbeitern sowie Angestellten."

Diese Eingriffe am Beginn der LPG-Bildung, da eine gewaltige politisch-ideologische Arbeit in den Dörfern notwendig und die bisher geschätzten Potenzen der Bauernpartei keineswegs ausgeschöpft waren, stießen auf Unverständnis; die geforderte Auflösung der Schulgruppen auf Proteste.

Sehr bald erwiesen sich die Beschränkungen der politischen Arbeit als lebensfremd und nicht durchführbar. Wiederholt gab es Appelle der SED-Führung zur allseitigen

Unterstützung der genossenschaftlichen Umgestaltung und zur Zusammenarbeit der Grundorganisationen beider Parteien. Darin eingeschlossen war künftig auch die Delegation mehrerer Hundert erfahrener LPG-Vorsitzender und Spezialisten aus der DBD in wirtschaftlich zurückgebliebene oder neu gebildete LPG, oft auch über Bezirksgrenzen hinweg.

Pedantisch wurde aber die organisatorische Entwicklung beäugt. So hatte bis Anfang der siebziger Jahre die Partei zwischen 86 000 und 84 000 Mitglieder. An der Basis gab es Unverständnis; es wuchs die Kritik an der steigenden "Vergreisung". Gab es 1952 20 % Jugendliche unter 25 Jahren, so waren es 1969 nur noch 1,8 %. Es machten sich Zweifel an der Perspektive der Partei breit.

Erstmalig wurde bereits am Beginn der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft deutlich gemacht, dass der Bauernpartei eine große Verantwortung für die Entwicklung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft, sogar für dessen organisatorische Festigung beigemessen wurde; andererseits waren bestimmte Grenzen nicht zu überschreiten.

Mit der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft hatte die SED die Bündnisbeziehungen auf allen Gebieten - politisch, ökonomisch, sozial und kulturell - stabil entwickelt und gefestigt. Die demokratische Teilnahme und Mitbestimmung an der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen, der Entwicklung der Dörfer und besonders die innerbetriebliche Demokratie in den LPG wurden immer besser praktiziert.

Das Produktionsbündnis wurde durch die sehr schnell fortschreitende Mechanisierung, durch den Aufbau eines leistungsfähigen Traktoren- und Landmaschinenbaus sowie einer modernen Agrochemie, die Unterstützung durch Betriebspatenschaften und die Delegation Tausender Industriearbeiter (Spezialisten) aufs Land sowie eine Vielzahl materieller, sozialer und kultureller Fördermaßnahmen gestärkt. Deutlich wirksam war die Industrie- und Agrarpreisreform. Die landwirtschaftlich Marktproduktion und die Arbeitsproduktivität stiegen. Die stabile Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln und der Industrie mit landwirtschaftlichen Rohstoffen wurde erreicht. Die sozialen und kulturellen Lebensbedingungen wurden schrittweise an die der Stadt angenähert.

Die Politik der SED hatte bei der Mehrheit der Landbevölkerung eine feste Vertrauensbasis erlangt. In der Mehrzahl der Dörfer und der LPG war sie jetzt durch Parteiorganisationen präsent.

An dieser Entwicklung hatte die DBD keinen geringen Anteil. Die unmittelbare Zusammenarbeit mit der SED bei der Agrar- und Landwirtschaftspolitik, insbesondere deren Durchführung in der Zentrale, den Territorien und Dörfern, bei der Gewinnung der Bauern und Bäuerinnen für die LPG, der Organisation der genossenschaftlichen Arbeit und Produktion, der Erhöhung der Erträge und der Verbesserung der sozialen und kulturellen Lebensbedingungen führte trotz mancher Fehlentwicklung zu einem engen Vertrauensverhältnis. Im Rahmen der gegebenen Bedingungen hatte die DBD trotz der organisatorischen Beschneidungen eine relative Selbstständigkeit in der Führungstätigkeit erreicht. Selbstbewusstsein, Kompetenz und Sachkunde waren herangewachsen.

Nach erfolgreichem Abschluss der LPG-Bildung - Stagnation und Verantwortung

Wer erwartet hatte, dass nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande die Demokratie weiterentwickelt und die Verantwortung, Eigenständigkeit und Aktivität auch der Bauernpartei weiterentwickelt würden, wurde herb enttäuscht. In einem Hochgefühl des Sieges wurde die Tätigkeit der DBD auf einem besonders wichtigen Gebiet eingeschränkt. Über 300 Führungskräfte der DBD in der staatlichen Leitung der Landwirtschaft wurden von ihren Funktionen entfernt und durch Vertreter der

SED ersetzt. Die Mehrzahl von ihnen erhielten Funktionen im dritten Glied, ein Teil in nachgeordneten Einrichtungen. Von 1972 bis 1989 erhielt die Partei, trotz wiederholter Zusagen, nicht einmal eine der zahlreichen Funktionen als Stellvertreter des Landwirtschaftsministers. Es gab massive Anstrengungen, die Teilnahme von Parteimitgliedern an der LPG-Konferenz administrativ zu reduzieren.

Durch die SED-Führung war auch beschlossen worden, in den Dörfern Parteilosensaktivs zu bilden, mit denen die Parteiorganisationen der SED arbeiten sollten. Das wirkte auf die DBD-Ortsgruppen als Affront. Während der Umgestaltung der Landwirtschaft hatte W. Ulbricht wiederholt die Zusammenarbeit der SED- und DBD-Ortsgruppen gefordert - und sie war sehr breit entwickelt. Jetzt fühlten sie sich von der politischen Arbeit im Dorf ausgegrenzt, ausgeschlossen. Nachdem Goldenbaum das bei einem Treffen von Ulbricht mit dem Präsidium der DBD kritisiert hatte, fasste das Politbüro den Beschluss: "Unter Bezugnahme auf das 8. Plenum, in dem vorgeschlagen wurde, in den LPG Parteilosens-Aktivs zu schaffen, wird festgelegt, diese Aktivs LPG-Aktivs zu nennen. Die Parteiorganisationen der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien bestehen nur auf örtlicher Grundlage. Solche LPG-Bauern, die Mitglieder anderer Parteien sind, treten im LPG-Aktiv nicht als Vertreter ihrer Parteien in Erscheinung." Wahrlich weltfremd und undurchführbar.

In der Politbürositzung wurde über die Blockpolitik beraten und mehrere Maßnahmen zur Erhöhung des Einflusses auf die direkte Führungstätigkeit der Blockparteien beschlossen. Gegenüber der DBD führte das in der Folge zu einem solchen Dirigismus, durch den die Führung oft ausgeschaltet oder übergangen und die Eigenverantwortung erheblich eingeschränkt wurde. Das betraf sogar die Personalpolitik der Vorstände.

Um die Belegung der Blockpolitik ging es nicht. Der zentrale Block trat immer seltener und wenn schon, dann zu informellen oder repräsentativen Zwecken zusammen. In den Bezirken und Kreisen war seit längerem auf die Arbeit im Block verzichtet worden. Unter Honecker betraf dies auch den zentralen Demokratischen Block.

Ein schwerwiegender Fehler in der DBD war es, den Forderungen der SED-Führung auf das eigene Parteiprogramm nachgekommen zu sein. De facto wurde das SED-Programm übernommen. Dem folgte in der politischen Bildungsarbeit die schematische Übernahme des Marxismus-Leninismus.

Auch in diesem Abschnitt sollte die Führung der DBD eine Gratwanderung bleiben zwischen zu viel und zu wenig, eingeschränkt und gebraucht werden, zwischen Misstrauen und Lobhudelei, Entmündigung und wachsender Verantwortung in den Dörfern und LPG.

Letztes ergab sich aus der erreichten Entwicklung. Die Partei hatte 1963 86 000 Mitglieder, darunter 3276 LPG-Vorsitzende, 3500 Brigadiere und 10 000 Vorstandsmitglieder der LPG. Mit 834 Diplom-Landwirten und 3000 Staatlich geprüften Landwirten - hinzu kamen 218 Professoren und Doktoren - hatte sie in ihren Reihen rund 20 % der Hoch- und Fachschulabsolventen in der Landwirtschaft. Bei den Kommunalwahlen im gleichen Jahr erhielt sie 16 704 Gemeindevertreter, 491 Bürgermeister, 1793 Abgeordnete in den Kreistagen, darunter 21 Frauen - fast die doppelte Anzahl als bisher. Die Bauernpartei war in Tausenden von Gemeinden zu einer im Dorf lebenden und gestaltenden Kraft mit hohem Zusammenhalt und enger Volksverbundenheit geworden. Sie nahm die Bündnisbeziehungen zur Arbeiterklasse und ihrer führenden Kraft der SED sehr ernst. Sie verfügte inzwischen durch das Intelligenz-, Führungs- und Spezialistenpotenzial in den LPG, zwischengenossenschaftlichen Einrichtungen und den Dörfern über erheblichen Einfluss. Sie trug Verantwortung für die Entwicklung vieler LPG und damit auch der landwirtschaftlichen Produktion und der demokratischen, sozialen und

kulturellen Entwicklung der Dörfer. Sie hatte sich selbst unentbehrlich gemacht. Die Basis forderte mehr Einfluss.

Es wuchsen Unverständnis und Forderungen nach größerem Einfluss der DBD auf die Agrarpolitik und nach Selbstständigkeit der Partei. In der Führung kam es zu einer Krise mit mehrjährigen Auseinandersetzungen. Sie wurde durch die Führung der DBD erstmalig selbständig durch die Ablösung des Vorsitzenden, die Wahl eines neuen und einer neuen Orientierung der Parteiarbeit behoben. Die SED-Führung musste die Veränderungen im nachhinein respektieren. Sie erwiesen sich auch in der Folge als grundsätzlich und notwendig.

Die Auswirkungen waren sehr bald auf dem Parteitag 1987 deutlich. Es fand Aufbruchstimmung statt. Als erstes wurde nachdrücklich der Anspruch vertreten, die Partei wieder uneingeschränkt selbst zu leiten. Nach 30 Jahren erfolgte wieder eine Charakterisierung der Partei, eine Bestimmung ihres Standortes und ihrer Entwicklung "zu einer im Sozialismus handelnden und ihn mitgestaltenden politischen Kraft, die in bewährter historischer Zusammenarbeit der Parteien und Massenorganisationen im Demokratischen Block, in der NF und in den Volksvertretungen ihren eigenständigen Beitrag im qualitativ neuen Abschnitt in der DDR leisten wird". Die Forderung nach Eigenständigkeit wurde in die beschlossenen Grundsätze und Ziele der DBD aufgenommen. Im Referat und der Diskussion wurde sie nachdrücklich unterstützt. Zu einem neuen Programm war es noch nicht gekommen. Die Beschlüsse des SED-Parteitages zum weiteren Aufbau des Sozialismus wurden auch als Kampfprogramm der DBD beschlossen.

Die Partei öffnete sich für neue Schichten. Neben die Genossenschaftsmitglieder traten die mit der genossenschaftlichen Entwicklung auf dem Lande verbundenen Schichten. Darunter Landintelligenz, Werktätige aus Handel und Gewerbe; aber auch Einwohner kleinerer und mittlerer Städte. Es wurden Anforderungen auf stärkere Repräsentanz in gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen und Organisationen gestellt.

Eine eigenständige internationale Zusammenarbeit mit Bauern-, Agrar-, Zentrums- und anderen Parteien wurde für erforderlich gehalten. Im Anschluss an den Parteitag fand ein internationales Treffen des Parteivorstandes mit 13 ausländischen Delegationen statt. Zum ersten Male empfing der Staatsratsvorsitzende Honecker die Leiter der Delegationen im Staatsrat.

Die Partei hatte inzwischen 115 000 Mitglieder in 6600 Dörfern. 31 000 mehr als 1953, als die organisatorische Begrenzung erfolgt war. Der Anteil der Jugendlichen war wieder auf 8 % erhöht worden und der Anteil der Frauen auf 33 %. 1989 hatte die Bauernpartei schließlich 128 000 Mitglieder.

Die Defizite der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung wirkten weiter und spitzten sich zu. Sie trafen auch die Bauernpartei, die Genossenschaftsmitglieder und die Landbevölkerung. Im Frühjahr 1989 führte die Partei eine breite demokratische Aussprache in den Vorständen und bei vielen Treffen von Mitgliedern spezieller Berufsgruppen durch. Es wurde ohne Tabus die Lage analysiert und Vorschläge für die weitere Entwicklung erarbeitet. In einem Dokument wurden die Vorschläge - auch Forderungen - für die Vorbereitung des nächsten SED-Parteitages zusammengefasst und übergeben. Einige wichtige waren:

- Breite Entwicklung der Demokratie; Herstellung einer aktiven Arbeit des Demokratischen Blocks der Parteien auf allen Ebenen, höchste Autorität für die gewählten Volksvertretungen, deren Beschlüsse und die Abgeordneten, strenge Kontrolle der Beschlüsse der Volksvertretungen, breite Teilnahme der Bürger an der Entscheidungsfindung und der Gesetzesvorbereitung, Einrichtung eines Verfassungsgerichtes, Durchführung einer Verwaltungsreform zur Freisetzung von Arbeitskräften für das Dienstleistungs-, Gesundheits- und Sozialwesen.

- Beseitigung der Doppelgleisigkeit der Leitung der Wirtschaft durch SED und Staatsorgane, Beschränkung der SED und anderen Parteien auf die Ausarbeitung der Generallinie und von Grundsatzentscheidungen zum Fünfjahr- und Volkswirtschaftsplan, Abschaffung der Personifizierung der führenden Rolle der SED.
- Weniger Reglementieren des Staates, mehr ökonomische Hebel und Entscheidungen dort, wo sie sachkundig getroffen werden können, Schaffung von mehr Freiräumen für schöpferische Initiativen.
- Schrittweise Einschränkung der Subventionspolitik.
- Eine Vielzahl detaillierter Vorschläge betrafen die Agrarpolitik und den Umweltschutz.

Diese Diskussionen zeigten ein sehr schnelles Wachstum an Zivilcourage, Selbstbewusstsein und ein hohes Maß an gesellschaftlicher Verantwortung. Sie zeigten ein erhebliches Potenzial an Reformbereitschaft und ein breites Kompendium von Reformmaßnahmen; und das vor den Montagsdemonstrationen und dem Auftreten oppositioneller Kräfte.

Einige Schlussfolgerungen

1. Die Entscheidung der KPD - unterstützt von der KPdSU - 1945 auch bürgerliche Parteien zuzulassen und mit ihnen im Block antifaschistisch-demokratischer Parteien zusammenzuarbeiten, hat sich als richtig erwiesen. Dadurch wurden feste Bündnisbeziehungen zum Mittelstand, religiös gebundenen Menschen, Intellektuellen und anderen Schichten hergestellt. Nicht die Existenz und Tätigkeit dieser Parteien trug zum Scheitern der DDR bei, sondern die ungenügende Nutzung, die Beschränkung deren Potenzials im Rahmen einer schließlich zugelassenen Stagnation.

2. Die von der SED betriebene Bündnispolitik hat in einer geschichtlich relativ kurzen Periode auf dem Lande zu bedeutenden historischen Veränderungen geführt. Es waren die demokratische Bodenreform, die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande und die Anwendung der als Neues Ökonomische System des Sozialismus charakterisierten Wirtschaftsweise. Grundlage hierfür war die Entwicklung aller Seiten der Bündnisbeziehungen zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft.

3. Die DBD hat Bedeutendes zur Herstellung dieser Bündnisbeziehungen geleistet. Mehrere Hunderttausende Bauern, Bäuerinnen und Landjugendliche wurden zur bewussten und engagierten Mitarbeit an der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und dem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus gewonnen. Die Tätigkeit der Partei reichte von der Mitarbeit an der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität bis zur Verbesserung der Ernährungsgrundlagen. Das schloss ein die Hebung des Bildungsniveaus, die Veränderung der Arbeits- und Lebensgrundlagen und ihre schrittweise Annäherung an die der Stadt.

Es hat sich bestätigt, dass durch das Wirken einer mit der Arbeiterpartei verbundenen demokratischen Bauernpartei das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und werktätigen Bauernschaft auch organisatorisch gefestigt werden konnte. Es war erstaunlich, in welchem historisch kurzem Zeitraum früher schwerarbeitende und häufig brutal ausgebeutete Klein- und Mittelbauern und -bäuerinnen sich fachliche und politische Bildung aneigneten, es lernten, die Bauernpartei auf den verschiedenen Ebenen zu organisieren und als Abgeordnete in den Volksvertretungen und als staatliche Leiter ihre Aufgaben zu meistern. Sie lernten in kürzester Zeit, große Landwirtschaftsbetriebe und Kollektive ehemaliger individuell wirtschaftender Bauern und Bäuerinnen zu führen.

4. Die von der SED selbst gestellten Anforderungen an die Arbeit im Demokratischen Block hatte erhebliche Defizite. Ihrer Erfüllung entgegen stand der absolute Führungsanspruch, die ständige Sorge um den uneingeschränkten Einfluss, das Macht- und oft

praktizierte Meinungsmonopol und der Ersatz einer kritischen und selbstkritischen Streitkultur durch "Zustimmungs-Unkultur". Das ließ Innovations- und Einsatzbereitschaft, vorwärts drängende Aktivität und vieles andere ungenutzt. Wäre es anders nicht besser gewesen?

Literatur und Quellen: Hans Reichelt: Blockflöten oder was? Zur Geschichte der DBD, edition ost, Berlin 1997.

H. Reichelt gehörte vom 1. Januar 1950 bis Januar 1990 der Führung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands an. Zuerst als Organisationsleiter, weiterhin als Mitglied des Präsidiums und Sekretariats des Parteivorstandes und stellvertretender Parteivorsitzender. An der Entwicklung der Partei war er in allen Perioden mitbeteiligt.

Dr. Kurt Laser

Bündnispolitik im letzten Jahr der DDR

Erfolge und Defizite der Bündnispolitik in der DDR sind von Heinz Hümmler und seinen Koreferenten von den DDR-Blockparteien eindrucksvoll vorgetragen worden. Diese Bündnispolitik ging natürlich - wie wir gehört haben - weit über den Rahmen der Zusammenarbeit der SED mit den anderen Blockparteien hinaus. Ich möchte einige Bemerkungen machen zu einer besonderen Bündnisform im letzten Jahr der DDR, zum Zentralen Runden Tisch und zur Beteiligung von Vertretern der Bürgerbewegungen an der DDR-Regierung. Es gibt in Ost und West sicher nicht wenige, die meinen, mit dem 9. November 1989 habe die DDR aufgehört zu bestehen. Wie in diesem Raum jeder weiß, existierte sie danach aber noch fast ein ganzes Jahr. Es gibt darüber auch genügend Darstellungen mit unterschiedlichen Wertungen.

Am 21. November 1989 lud die kleine Oppositionsgruppe Demokratie Jetzt alle demokratischen Parteien und Bewegungen der DDR zu einem Runden Tisch ein, um zu einem abgestimmten Handeln zu kommen. Demokratie Jetzt-Mitglied Gerhard Weigt erklärte, die Gruppe wolle mit ihrem Vorstoß erreichen, dass das Bemühen um die Erneuerung der DDR koordiniert werde. Als erste Partei nahm die LDPD die Einladung an. Einen Tag später war auch das Politbüro des ZK der SED dafür, gemeinsam mit den Parteien des Demokratischen Blocks Kontakt zu anderen politischen Gruppen aufzunehmen. Der Sprecher der Gruppe Demokratischer Aufbruch, Pfarrer Eppelmann, begrüßte die Bereitschaft der SED als gutes Zeichen. Er sprach sich für eine Zusammenarbeit mit einer "veränderten SED" aus. Keine politische Kraft könne allein die DDR aus der Krise führen.¹

Ingrid Köppe, die vorläufige Sprecherin des Neuen Forums, erklärte am 25. November 1989 im Gespräch mit der "Berliner Zeitung", die Bewegung sei bereit, politische Verantwortung zu übernehmen. Wie das aussehen könnte, sei jedoch abhängig von der zukünftigen Entwicklung, zum Beispiel davon, ob es ein neues Wahlgesetz, zu dem das Neue Forum seine Vorschläge einbringen wolle, gestatten würde, eigene Kandidaten aufzustellen. Ebenso sei die Organisation bereit, mit allen oppositionellen Parteien und Bewegungen des Landes gemeinsam für die demokratische Erneuerung zu wirken, gegebenenfalls in einem Wahlbündnis. Mit den etablierten Parteien, Organisationen und Institutionen sah sie nur die Möglichkeit einer punktuellen Zusammenarbeit, da diese

nach ihrer Meinung nicht durch freie Wahlen legitimiert seien.² Das war das Neue Forum natürlich auch nicht.

Am 4. Dezember 1989 erklärten die CDU und die LDPD ihren Austritt aus dem Demokratischen Block. Ein weiteres Zusammenwirken mit anderen politischen und gesellschaftlichen Kräften des Lande sahen sie eher am Runden Tisch als sinnvoll an. Einen Tag später kündigte auch die DBD ihre Mitarbeit im Demokratischen Block auf, am 7. Dezember 1989 die NDPD.³

Am 7. Dezember 1989 trat der Runde Tisch erstmals im Berliner Dietrich-Bonhoeffer-Haus zusammen. Später wurden die Beratungen in das Schloss Niederschönhausen verlegt. Beteiligt waren 14 politische Parteien, politische Gruppierungen und Organisationen, je zwei Vertreter der SED, der vier anderen Blockparteien, des FDGB, der neu gegründeten SDP und der Oppositionsgruppen. Drei Kirchenvertreter moderierten. Als Themen schlug die SED eine Verfassungsreform, Wahlrechtsänderungen und die Modalitäten für freie Wahlen vor.⁴ Neben dem Zentralen Runden Tisch gab es bekanntlich regionale und thematische Runde Tische sowie die analogen basisdemokratischen Strukturen in Betrieben, Institutionen, Universitäten und an der Akademie der Wissenschaften.⁵

Am 9. Dezember 1989 sprach sich der Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs, Eppelmann, für eine breite Koalition aus. "Die Macht liegt auf der Straße", sagte er. "Das heißt: Keiner hat sie. Es gibt keine demokratische Partei oder Bewegung, die die Legitimation dazu hätte, sie zu ergreifen. Wir brauchen darum eine Große Koalition der innenpolitischen Vernunft. Der Runde Tisch ist diese Koalition nicht. Dies ist der Versuch, die DDR der Zukunft aufzubauen, Schneisen dafür zu schlagen."⁶ Sicher war Eppelmann ein Feind des Sozialismus und beweist das auch immer wieder. Aber seine damalige Bereitschaft zur Zusammenarbeit ist durchaus positiv zu werten.

Am 20. Dezember 1989 fasste das Präsidium der Volkskammer den Beschluss, dem Runden Tisch anzubieten, in die Arbeit der parlamentarischen Ausschüsse jeweils einen Vertreter der neuen Parteien und der Bürgerbewegungen einzubeziehen.⁷

Auf der 4. Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 27. Dezember 1989 forderten Vertreter der Bürgerbewegung die ständige Präsenz eines kompetenten Regierungsvertreters bei ihren Sitzungen. Darüber hinaus sollten alle Gesetzesvorlagen und wesentliche Regierungsvorlagen dem Runden Tisch künftig vor der Beschlussfassung schriftlich vorgelegt werden. Ferner wollten sie ein Vetorecht haben, was Modrow zurückwies.⁸

Mit diesen Forderungen überschätzten die Vertreter der Bürgerbewegungen ihre Kompetenzen und vor allem ihre Legitimation bei weitem. Ihre Vertreter waren ebenso wenig aus geheimen demokratischen Wahlen hervorgegangen wie die der Regierung. Die Volkskammerwahlen am 18. März 1990 mit einer Wahlbeteiligung von 93 Prozent bestätigten nachträglich weder die Regierung noch die Bürgerbewegung - im Gegenteil, wenn man einmal von der CDU mit 40,8 Prozent und der als Favorit gehandelten SPD mit 21,9 Prozent absieht, die ja auch am Runden Tisch saßen. Auch die PDS holte immerhin 16,4 Prozent der Stimmen, was von vielen Beobachtern als erstaunlich eingeschätzt wurde. In Ostberlin waren es fast 30 Prozent. Das Bündnis 90 aus Neuem Forum, Demokratie Jetzt und der Initiative Frieden und Menschenrechte blieb bei kläglichen 2,9 Prozent hängen, der Demokratische Aufbruch erreichte 0,9 Prozent.⁹

Die Bürgerbewegungen sollen angeblich durch Unterschriften, Versammlungen und Foren - "also durch die Straße" - legitimiert worden sein. Wenn man so herangeht, kann natürlich auch die offene Stimmabgabe für die Kandidaten der Nationalen Front ebenso gewertet werden, natürlich ohne die völlig unnötige Wahlfälschung 1989. Die Wahlen

gewannen die Parteien, die ihre Zentralen in Bonn hatten, wo man wusste, was der Osten braucht, bewährte Westrezepte, um die Geschichte zurückzudrehen.¹⁰

Noch unverschämter war der Vorschlag des Leiters der Programmkommission des Neuen Forums, Klaus Wolfram, man solle die Eröffnung des Runden Tisches nutzen, selbst eine Regierungsübernahme anzustreben. Es wäre dann politisch darum gegangen, meinte er, dass nicht eine Modrow-Regierung, also eine Regierung der alten Macht, den deutschen Einheitsvertrag aushandelt, sondern eine Oppositionsregierung. Personell wäre das vermutlich eine Regierung von Jens Reich gewesen. Doch auf seinen Vorschlag ging man selbst im Neuen Forum nicht ein. "So kam es", stellte Wolfram fest, "dass die Opposition, die damals hätte sagen können, wie man sinnvoll zu einem Gesamtdeutschland kommt, im Grunde gar nichts dazu gesagt, sondern die Machtfrage verdrängt hat."¹¹ Das war auch eine maßlose Überschätzung der eigenen Fähigkeiten.

Die Gewerkschaftszeitung "Tribüne" vom 2. Januar 1990 forderte den Runden Tisch auf, "seinen kleinkarierten Firlefanz über Bord zu werfen. Er soll zu wirklich wichtigen Sachthemen scharf und zugespitzt Fragen stellen, Antworten einklagen und praktikable Vorschläge machen, bei denen es auf die Substanz ankommt und nicht so sehr auf die gestochene Formulierung. Er soll was fürs Volk tun, sonst verliert er sein Mandat."¹² Das war eine völlig richtige Feststellung. Es frage sich eben nur, wer dem Runden Tisch dieses Mandat erteilt haben sollte.

Am 3. Januar 1990 kamen die Vertreter der Parteien, politischen Gruppierungen und Organisationen zum 5. Mal am Runden Tisch zusammen. Beschlossen wurde, dass die Regierung innerhalb von wenigen Tagen dem Runden Tisch die Arbeitsplanungen und die Gesetzentwürfe für das erste Halbjahr vorlegen muss. In einer gemeinsamen Erklärung protestierten acht der am Runden Tisch versammelten oppositionellen Gruppen gegen den Aufbau eines Amtes für Verfassungsschutz. Die Regierung wurde aufgefordert, alle derartigen Handlungen zu unterlassen und Vertrauenspersonen zur Kontrolle der MfS-Auflösung einzusetzen.¹³

Am 2. Januar 1990 empfing Modrow einige Vertreter des Runden Tisches. Die Regierung suche und brauche Rat, sagte er. Er bekräftigte seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit. "Wenn es uns nicht gelingt, gemeinsam ein Klima der gegenseitigen Achtung, ein Klima der Vertrauensbildung zu schaffen, werden wir auch nicht das notwendige Klima für freie und demokratische Wahlen am 6. Mai schaffen."

Am 13. Januar 1990 bot er Ibrahim Böhme, dem Geschäftsführer der SDP, die sich an diesem Tag in SPD umbenannt hatte, an, in sein Kabinett einzutreten und stellvertretender Umweltminister zu werden. Böhme wies das Angebot von Modrow zunächst als "unseriös" zurück. Doch als Modrow dann auf der 9. Sitzung des Runden Tisches den Oppositionsvertretern Ministerposten anbot, bestätigte Böhme am 22. Januar 1990, dass die Opposition bereit sei, in einer "Notsituation ohne lange Koalitionsverhandlungen in die Regierung einzutreten"¹⁴.

Am 28. Januar 1990 traf Modrow mit den Vorsitzenden und weiteren Vertretern der Opposition und der Blockparteien zu Koalitionsverhandlungen zusammen. Man einigte sich auf die Bildung einer Allparteien-Regierung der "nationalen Verantwortung". Der Termin der Volkskammerwahl wurde vom 6. Mai auf den 18. März 1990 vorgezogen.¹⁵

Heiko Lietz vom Neuen Forum behauptete: "In dieser Nacht haben wir uns selbst um die politischen Ergebnisse der Wende gebracht. Die Opposition wurde ohne wirkliche politische Entscheidungsbefugnis in die politischen Strukturen integriert und verlor damit die Möglichkeit, weiter in der nötigen politischen Schärfe zu polarisieren. Letztlich hätten wir auch die Modrow-Regierung absetzen und am Morgen darauf am Runden Tisch eine Übergangsregierung der oppositionellen Kräfte bestimmen können. Doch fehlte uns zu

dieser Zeit dafür schon die nötige Einmütigkeit."¹⁶ Auch das war eine unglaubliche Selbstüberschätzung.

Anfang Februar 1990 bestätigte die Volkskammer mit 317 gegen 16 Stimmen die neue Regierung. Acht Vertreter der Gruppen und Parteien vom Runden Tisch erhielten Ministerposten ohne Geschäftsbereich. Die SPD hatte den Mathematiker Walter Romberg nominiert, der Demokratische Aufbruch den Pfarrer Rainer Eppelmann, Demokratie Jetzt den Theologen Wolfgang Ullmann, das Neue Forum den Physiker Sebastian Pflugbeil, der Unabhängige Frauenbund die Soziologin Tatjana Böhm, die Initiative Frieden und Menschenrechte den Physiker Gerd Poppe, die Grüne Liga den Diplomingenieur Klaus Schlüter und die Grüne Partei Matthias Platzeck.

Der Runde Tisch, der an diesem Tag zum 11. Mal zusammenkam, beriet Probleme des Parteiengesetzes und der bevorstehenden Wahlen. Außerdem beschloss er, dass sich Politiker der BRD nicht mit Aktivitäten in den Wahlkampf der DDR einmischen sollten. Das führte zu heftigen Protesten von CSU und CDU, die sich nicht an diesen Beschluss halten wollten. Nach Zeitungsberichten vom 7. Februar 1990 plante Bundeskanzler Kohl trotz der Ablehnung des Runden Tisches sechs Großveranstaltungen während des Wahlkampfes in der DDR.¹⁷ Während in Rostock am 19. Dezember 1989 8000 Menschen zusammenkamen, um gegen eine mögliche Vereinnahmung der DDR zu protestieren, wurde Helmut Kohl vor der Dresdner Frauenkirche von Zehntausenden umjubelt. Auch die anderen westdeutschen Parteien reisten zum Wahlkampf in die DDR. SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine rechnete aber am gleichen Tag im Westberliner ICC auf dem Bundesparteitag der SPD mit Kohls Politik ab: "Eine Deutschlandpolitik, die erstens dazu führt, dass die DDR mehr und mehr junge aktive Menschen verliert und die Wirtschaft dort immer mehr in Gefahr gerät, dass ganze Versorgungssysteme zusammenbrechen, dass also dort die soziale Not steigt und die auf der anderen Seite dazu spiegelbildlich führt, dass bei uns die Arbeitslosigkeit steigt und die Wohnungsnot weiter steigt - eine solche Deutschlandpolitik ist falsch. Sie muss grundlegend geändert werden."¹⁸

Am 1. Februar 1990 billigte der DDR-Ministerrat das "Regierungskonzept für eine Wirtschaftreform". Vier Tage später schätzte auch der Runde Tisch das Transformationskonzept positiv ein.¹⁹

Die Vertreter der Opposition in der Regierung nahmen an dem Besuch von Ministerpräsident Modrow in Bonn am 13. Februar 1990 teil. Sie hatten sich damit auch gegen Forderungen von Bonner Politikern gewandt, Kohl solle Modrow wieder ausladen, da die Begegnung Wahlhilfe für die SED sei.²⁰ Die DDR-Delegation reiste enttäuscht über die Ergebnisse des deutsch-deutschen Gipfels nach Berlin zurück. Heftige Kritik an der Bundesregierung übten die meisten Minister vom Runden Tisch, die mit in Bonn waren. Sie sprachen von einer offenen Brüskierung. Der Bundesregierung gehe es offenbar darum, den Preis für die Vereinigung durch wirtschaftliche Zurückhaltung und übertrieben schlechte Darstellung der Lage in der DDR noch herunterzudrücken. "Wir hätten gerne ein bisschen mehr mitgenommen", stellte Eppelmann fest. Die Resultate seien zu gering, um den Übersiedlerstrom zu stoppen. Matthias Platzeck von den DDR-Grünen nannte das Bonner Verhalten schulmeisterlich. Platzeck hat ja nicht nur in den letzten Tagen durch einige richtige Erkenntnisse aufhorchen lassen, sondern er stimmte damals auch gegen den Einigungsvertrag. Walter Romberg meinte, von dem von Kohl vielfach beschworenen Geist der nationalen Verantwortung sei wenig zu spüren gewesen.²¹ Wolfgang Ullmann hatte in Bonn im Zusammenhang mit der geplanten Währungsunion und der Wirtschaftsgemeinschaft vom "Anschluss der DDR" gesprochen, worauf Kohl gereizt reagierte und betonte, diesen Begriff wünsche er nicht zu hören.²²

Der 13. Runde Tisch am 19. Februar 1990 beriet die Deutschlandpolitik und wandte sich ausdrücklich gegen den Anschluss der geplanten Länder der DDR an die BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Eindeutig abgelehnt wurde auch eine NATO-Mitgliedschaft des zukünftigen vereinten Deutschland.²³ Letztlich wurde die Frage der deutschen Einheit zum springenden Punkt. Der Zug in die Einheit war nicht mehr aufzuhalten. Die vom Westen aufgeheizte Stimmung auf der Straße - nachdrücklich bei Kohls Besuch am 19. Dezember 1989 in Dresden spürbar -, das Umschwenken der CDU wie der konservativen Bürgerbewegungen und der neuen Parteien auf einen möglichst raschen Zusammenschluss sorgten für einen immer schnelleren Gang in die deutsche Einheit.

Bei der Entwicklung des Runden Tisches sind unterschiedliche Etappen festzustellen. Zunächst ging es den Vertretern der Bürgerbewegungen und der SDP bis Mitte Januar 1990 um die Anerkennung als gleichberechtigter Partner der Regierung, und sie konzentrierten sich auf die eine bis heute nachwirkende Frage, die Zerschlagung des MfS. Es gab nicht wenige Angriffe auf die Regierung. Mit dem Regierungseintritt von Vertretern der Bürgerbewegungen und der unausbleiblich heraufziehenden Einheit trat die Verteidigung des DDR-Sozialstandards und der demokratischen Errungenschaften von 1989/90 stärker ins Blickfeld.

Am 12. März zog der Runde Tisch in Berlin mit seinen 17 Arbeitsgruppen auf seiner letzten Sitzung Bilanz und konstatierte, dass die selbstgestellten Aufgaben im Wesentlichen erfüllt worden seien. Es hätte eine wirksame öffentliche Kontrolle der Regierung in den letzten Monaten gegeben und zugleich seien zahlreiche Gesetzentwürfe eingebracht worden. Diese Gesetze waren allerdings von der Regierung eingebracht und von der Volkskammer beschlossen worden.

Zum Abschluss verabschiedete der Runde Tisch politische Empfehlungen an die neue Volkskammer und die künftige Regierung. Danach sollten auf einem vertraglich geregelten Weg in eine gleichberechtigte deutsche Einheit die soziale Stabilität Vorrang haben und die Wirtschaftsreformen auf eine soziale und ökologisch verpflichtete Marktwirtschaft orientiert sein. Die Erfahrungen des Runden Tisches der direkten Demokratie mit einer konstruktiven Zusammenarbeit von Parteien, Bürgerinitiativen und Einzelpersonlichkeiten aus unterschiedlichen Lagern sowie einer hohen Streitkultur und großer Bürgernähe sollten ihren Niederschlag in der weiteren Arbeit finden. Für den 17. Juni wurde ein Volksentscheid für eine neue Verfassung der DDR vorgeschlagen, der natürlich nicht zustande kam.²⁴

Am 10. April 1990 zog der scheidende Ministerpräsident Modrow in der Hamburger Wochenzeitung "Die Zeit" Bilanz der von ihm geleiteten Regierung. Danach habe die Koalition aus alten und neuen Parteien wesentlich dazu beigetragen, dass die DDR die schwierige Phase bis zur ersten freien Wahl eines Parlaments besser bewältigen konnte als jedes andere RGW-Land in dem vergleichbaren Zeitabschnitt.²⁵

Es ist sicher richtig, wenn sich Bürgerbewegungen um bestimmte Fragen in diesem Land kümmern. Im Streit um den Stuttgarter Hauptbahnhof soll es ja sogar einen Runden Tisch geben. Es ist aber undenkbar, dass im heutigen Deutschland die Herrschenden und die Regierungen ein Gremium wie den Runden Tisch zur Beratung oder gar noch zur Entscheidungsfindung heranziehen. Schon die Regierung de Maiziére nutzte dieses Gremium nicht mehr.

Die Einrichtung der Runden Tische und die Regierungsbeteiligung der Bürgerbewegungen waren damals sicher richtig. Sie sind aber keineswegs zukunftsweisend und gehören aus meiner Sicht nicht zum Vermächtnis der DDR. Das sind dagegen unter anderem die verwirklichten Rechte auf Wohnen, Arbeit und Bildung - ohne die mittelalterliche Zersplitterung des Bildungswesens.

Die von Teilnehmern des Runden Tisches unternommenen Versuche, den Anschluss der DDR sozialverträglich zu gestalten, sind alle gescheitert. Trotzdem müssen diese Bemühungen gewürdigt werden. Wir sollten diese Sache nicht nur vom Ergebnis her betrachten. Schließlich haben auch die von den Referenten hier vorgetragenen Erfolge in der Bündnispolitik der DDR vor 1989 den Absturz in die brutale kapitalistische Marktwirtschaft nicht verhindern können.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Hannes Bahrmann, Christoph Links, Chronik der Wende. Die Ereignisse in der DDR zwischen 7. Oktober 1989 und 18. März 1990, Berlin 1990, S. 90, 92.
- 2 Vgl. ebenda, S. 98.
- 3 Vgl. ebenda, S. 114, 116, 122.
- 4 Vgl. ebenda, S. 105, 121.
- 5 Vgl. Stefan Bollinger, Demokratie für eine andere DDR. Die Erfahrungen der Runden Tische, in: Disput, Januar 2010, S. 40.
- 6 Vgl. H. Bahrmann, Ch. Links, Chronik der Wende, a.a.O., S. 122.
- 7 Vgl. ebenda, S. 142.
- 8 Vgl. ebenda, S. 148.
- 9 Vgl. ebenda, S. 274, 282.
- 10 Vgl. Stefan Bollinger, Demokratie für eine andere DDR, a.a.O.
- 11 Zitiert nach: Hannes Bahrmann, Ch. Links (Hrsg.), Bilderchronik der Wende. Erlebnisse aus der Zeit des Umbruchs 1989/90, Berlin 1999, S. 68.
- 12 Zitiert nach: H. Bahrmann, Ch. Links, Chronik der Wende, a.a.O., S. 155.
- 13 Vgl. ebenda, S. 157.
- 14 Vgl. ebenda, S. 176 f., 191.
- 15 Vgl. ebenda, S. S. 201.
- 16 Vgl. H. Bahrmann, Ch. Links (Hrsg.), Bilderchronik der Wende, a.a.O., S. 112.
- 17 Vgl. H. Bahrmann, Ch. Links, Chronik der Wende, a.a.O., S. 217 f., 221; Platzeck kritisiert Anschluss, in: Neues Deutschland vom 30. August 2010, S. 1.
- 18 Vgl. H. Bahrmann, Ch. Links, Chronik der Wende, a.a.O., S. 138, 140 f.
- 19 Vgl. Jörg Roesler, Warum nicht alle Blümenträume reifen. Vor 20 Jahren: Die Währungsunion - zum falschen Zeitpunkt und zu unfairem Umtauschkurs, in: Neues Deutschland vom 3./4. Juli 2010, S. 22.
- 20 Vgl. H. Bahrmann, Ch. Links, Chronik der Wende, a.a.O., S. 167.
- 21 Vgl. ebenda, S. 232.
- 22 Vgl. Jörg Roesler, Das gefürchtete, missliebige Wort. Vereinigung oder Anschluss - Das ist hier die Frage, in: Neues Deutschland vom 4./5. September 2010, S. 22.
- 23 Vgl. Jörg Roesler, Warum nicht alle Blümenträume reifen, a.a.O.; H. Bahrmann, Ch. Links, Chronik der Wende, a.a.O., S. 240.
- 24 Vgl. H. Bahrmann, Ch. Links, Chronik der Wende, a.a.O., S. 274.
- 25 Hannes Bahrmann, Christoph Links, Chronik der Wende 2. Stationen der Einheit. Die letzten Monate der DDR, Berlin 1995, S. 191.

20 Jahre staatlicher Einheit eines gespaltenen Landes

Am 27. Juli 2010 bestätigte der Geschäftsführende Vorstand der GBM folgende vom Berliner Alternativen Geschichtsforum ausgearbeitete Erklärung:

Am 3. Oktober 2010 jährt sich zum 20. Mal der Tag, an dem die Deutsche Demokratische Republik offiziell von der Bundesrepublik Deutschland in Besitz genommen wurde. Das veranlasst zum Rückblick wie zum Ausblick, zu nüchterner Bilanz wie zu Forderungen.

1. Existenz und Entwicklung der DDR wie der BRD hingen nach Ursache und Wirkung eng mit dem Kalten Krieg zwischen den beiden Weltsystemen zusammen, die in Europa unmittelbar vor allem auf deutschem Boden miteinander konfrontiert waren. Die Implosion dieses Staates wurde durch ein Bündel innerer und äußerer Faktoren verursacht.

- In wichtigen gesellschaftlichen Bereichen machten sich Erscheinungen der Stagnation immer deutlicher bemerkbar. Stagnation aber bedeutet letztlich Rückschritt.
- Ökonomisches System und Wirtschaftskraft der DDR, durch kapitalistische Embargopolitik und Rüstungspolitik erheblich beeinträchtigt, waren den zunehmenden Anforderungen auf die Dauer nicht gewachsen.
- Defizite in der Demokratie, eine verfehlte Informationspolitik, beschränkte Reisemöglichkeiten wirkten bei vielen der Verbundenheit mit dem Sozialismus entgegen.
- Die Gegenseite verband ihre Angriffe auf den Sozialismus nicht ohne Erfolg mit der Taktik, ihn auf dem Wege des "Wandels durch Annäherung" auszuweichen. Die Betonung nationaler Gemeinsamkeiten verdeckte grundlegende Unterschiede in den gesellschaftlichen Grundwerten.
- In der Politik der UdSSR gewannen eigenstaatliche Belange die Oberhand über die Gemeinsamkeit der Interessen mit anderen sozialistischen Ländern, insbesondere der DDR. Internationale Bündnis- und Vertragstreue wurden missachtet. Das sozialistische Weltsystem begann zu zerfallen.

2. Mit dem Herbst 1989 brach sich der Wille vieler DDR-Bürger zu einem reformierten Sozialismus entschieden Bahn. Bei anderen allerdings war das Vertrauen in die Zukunft des Sozialismus geschwunden, mehrten sich Illusionen über den Kapitalismus. Das erleichterte antisozialistischen Kräften ihr Spiel.

Ende 1989 trat an die Stelle der Losung "Wir sind das Volk!" immer häufiger die aus dem Westen importierte Parole: "Wir sind **ein** Volk". Losungen wie "Deutschland, einig Vaterland" oder "Nun wächst zusammen, was zusammengehört" weckten Erwartungen, die gegensätzlichen gesellschaftlichen Ordnungen ließen sich miteinander verschmelzen. Ergebnis war schließlich die unter Vorantritt der Allianz für Deutschland vollzogene, von Seiten der BRD mit allen Mitteln geförderte Selbstauflösung der DDR. Stationen dabei waren

- der Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, die zum 1. Juli 1990 hergestellt wurde,
- der Beschluss der Volkskammer vom 23. August 1990 über den Beitritt nach dem damaligen Artikel 23 des Grundgesetzes (eines anderen Staates!);
- am 31. August 1990 der "Einigungsvertrag", ein Abkommen zwischen Sieger und Besiegtem.

Damit war das Ende der DDR besiegelt.

3. Die Resultate sind bekannt. Die auffälligsten seien in Erinnerung gerufen: Einerseits merkliche Fortschritte in Modernisierungsprozessen - andererseits weiter bestehende

und sich vertiefende Gegensätze zwischen Ost und West, die einer "inneren Einheit" entgegenstehen.

- Die DDR-Bürgerinnen und -Bürger wurden ihres gesellschaftlichen und zum Teil ihres persönlichen Eigentums in beispielloser Weise beraubt. Der Osten Deutschlands wurde überwiegend entindustrialisiert, seine Landwirtschaft völlig deformiert. Hier liegt die Arbeitslosenquote um das Doppelte, die Armutsquote um mehr als das Anderthalbfache höher als im Westen Deutschlands.
 - In Deutschland gibt es bei gleichen Lebenshaltungskosten nach wie vor zwei Lohn-, zwei Rentengebiete. Das führt dazu, dass sich das "Beitrittsgebiet" entvölkert.
 - Im Vergleich zu DDR-Zeiten wurden Rechte und Möglichkeiten von Beschäftigten in den Betrieben, von Frauen, von Jugendlichen erheblich eingeschränkt, überwiegen im Gesundheits- wie im Bildungswesen bei weitem die Nachteile, besonders für die sozial Schwächeren.
 - Die kulturelle Substanz in den "neuen Bundesländern" wurde und wird entgegen dem Einigungsvertrag größtenteils zerstört, die Intelligenz der DDR in einem für Europas Geschichte fast einmaligen Racheakt zu großen Teilen aus ihren Stellungen vertrieben und diskreditiert.
 - Die grundlegenden Unterschiede in den Produktions- und Lebensverhältnissen zwischen Ost und West wirken sich auf die Denkweise, auf Vorstellungs- und Gefühlswelt aus. An die Stelle von Gemeinschaftssinn und Solidarität trat der Grundsatz "Es muss sich rechnen" - nämlich für die Besitzenden.
 - Die "formierte Meinung" folgt dem Prinzip: "Alles in der Alt-BRD war gut und richtig - alles in der DDR war von Grund auf schlecht, weil diktatorisch". Doch decken sich die Behauptung "Die DDR war ein Unrechtsstaat" und andere Propagandathesen nicht mit dem mehrheitlichen Erleben und Erinnern von Ex-DDR-Bürgern. Als ausgesprochen verleumderisch werden abwegige Vergleiche der DDR mit dem Nazi-system empfunden und zurückgewiesen.
4. Aber auch gesamtdeutsche Probleme in Politik und Gesellschaft haben sich seit dem Anschluss der DDR angestaut und verschärft.
- Der Sozialabbau beschleunigt sich; der Graben zwischen Arm und Reich wird immer tiefer.
 - Demokratische Grundrechte und Freiheiten werden mehr und mehr beschnitten.
 - Die Gefahr, die vom Neonazismus droht, nimmt ständig zu.
 - Deutschland führt seit den 90er Jahren wieder Krieg. Weltweite Bundeswehrein-sätze sollen zur Dauererscheinung werden.

Das verlangt die Gegenwehr aller, die sich dem Bürgerrecht und der Menschenwürde verpflichtet wissen.

- Wir treten konsequent für soziale Gerechtigkeit ein.
- Wir fordern: Alle Menschenrechte für alle Menschen! Gleiche Chancen für Ost und West, gleiches Recht für alle in Deutschland!
- Wir bekämpfen Faschismus und Ausländerfeindlichkeit in allen Erscheinungsformen.
- Wir wollen ein friedliebendes Deutschland in einer Welt des Friedens.

Das bekunden wir mit allem Nachdruck zum "Tag der deutschen Einheit".

Einladung

In Berlin findet am

Sonnabend, dem 18. März 2010

eine **Konferenz** zum Thema

Wohin geht die Linke in Deutschland heute?

statt. Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Mitte, Club Spittelkolonnaden, Leipziger Straße 47 (Eingang
Jerusalemmer Str.)
(U-Bahnhof Spittelmarkt oder Hausvogteiplatz - U 2)

Vorträge:

Günter Judick

Zusammengehen

Für die Vorträge stehen jeweils 30 Minuten zur Verfügung, für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574